

Wöchentlich 75 Pf., monatlich 2,25 M.
(davon 87 Pf. monatlich für Zustel-
lung ins Haus) im voraus zahlbar.
Beitrag 3,97 M. einschließlich 80 Pf.
Postgebühren und 72 Pf. Postbestel-
gebühren. Auslandabonnement 5,65 M.
pro Monat; für Länder mit ermäßig-
tem Drucksachenporto 4,65 M.

Bei Ausfall der Lieferung wegen
höherer Gewalt besteht kein Anspruch
der Abonnenten auf Ersatz.

Erscheinungsort und Anzeigenpreise
siehe am Schluß des redaktionellen
Teils

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Dienstag
9. August 1932
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.



Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 222-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 538. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. S. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 65-66.

„Angriff“ hetzt zum Mord!

„Eine kleine Bombe“ für Georg Bernhard.

Papen droht — wem? „Brutale Anwendung aller Machtmittel.“

Ämtlich wird mitgeteilt:

Der Reichskanzler hat sich nach seiner Rückkehr sogleich von den zuständigen Stellen der Reichsregierung und des preussischen Staatsministeriums Vortrag über die in den letzten Tagen vorgekommenen Terrorakte halten lassen.

Er hat daraufhin sämtliche Reichsminister zu einer Ministerbesprechung am Dienstagvormittag nach Berlin berufen. Der Reichskanzler ist der Auffassung, daß den gegenwärtigen Zuständen unter brutaler Anwendung aller Machtmittel des Staates ein sofortiges Ende gemacht werden muß.

Wie wir erfahren, ist bereits für Dienstag mit einer neuen Notverordnung zu rechnen, die verschärfte Strafbestimmungen zur Bekämpfung des Terrors enthalten wird. An zuständiger Stelle weist man in diesem Zusammenhang darauf hin, daß sich die Bestimmung, wonach u. a. mit der Todesstrafe bedroht wird, wer mit der Waffe in der Hand angetroffen wird, auch im Jahre 1919 notwendig gemacht habe.

Neben der Notverordnung zur Verschärfung der Strafbestimmungen ist eine Durchführungsverordnung zu einer früheren Notverordnung des Reichspräsidenten zu erwarten, die u. a. die Einrichtung von Sondergerichten vorsieht. — Der Vergleich mit dem Jahre 1919 ist ebenso treffend wie bemerkenswert. Soweit haben wir es unter dem Regime der „Regierung der nationalen Konzentration“ glücklich gebracht, daß selbst der Regierung nahestehende Stellen die gegenwärtigen Unruhen den Aus-
zuhrzeiten von 1919 gleichstellen müssen.

Die Presse hat sich jeder Aufpeitschung der Leidenschaften, auch durch unrichtige Berichterstattung zu enthalten. Andersfalls hat sie schärfste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen. Dr. Bracht.

In den letzten Tagen sind an vier verschiedenen Orten vier Reichsbannerführer ermordet worden. Beschießungen und Bombardierungen von Wohnungen bekannter Republikaner, von Zeitungsredaktionen, Gewerkschaftshäusern, Warenhäusern werden täglich in langer Serie gemeldet. Verwundung unschuldiger Frauen und Kinder wird, teils aus Raummangel, teils wegen abstumpfender Gewöhnung an jegliche Greuel, nur nebenbei registriert. Was sagt das Berliner Organ der NSDAP, was sagt der „Angriff“ zu diesen Dingen? Hier nur eine Blütenlese aus einer einzigen Nummer, der vom 8. August:

Wiegert man sich, uns die Regierungsführung zuzuerkennen, so gibt es für uns nur eine Antwort: rücksichtslosen Kampf. Es kann kein Zweifel darüber sein, wer diesen Kampf in kurzer Zeit gewinnen wird. Im Interesse Deutschlands aber wäre es zu wünschen, wenn dieser Kampf vermieden werden könnte, und wir haben begründete Hoffnung, daß diese Einsicht auch auf der Gegenseite vorhanden ist.

Die Ereignisse in Ostpreußen und an anderen Stellen des Reiches reden eine eindringliche Sprache und sollten eine letzte Warnung sein. . . . Für uns steht ein SA-Mann, der sein Leben in den Dienst der Nation gestellt hat, zehnmal höher als irgend so ein fetter Parteibonze, gegen den sich nun die Volkswut richtet.

Georg Bernhard hat dieser Tage im „8 Uhr-Abendblatt“ auf die Unhaltbarkeit dieser Zustände hingewiesen. Der „Angriff“ antwortet:

Bernhards Hilfsdrei erweckt auch bei Unvoreingenommenen den Eindruck, als fürchte er, daß man auch ihm eines Nachts eine kleine Bombe auf die Dauenendecke wirft. Und diese Furcht muß doch irgendwie mollisiert sein. Oder bangt Bernhard nur um die Warenhäuser, denen er verbunden ist und sein muß? —

Es geht heute nicht um Bomben. Es geht heute darum, festzustellen, warum diese Bomben geworfen werden konnten, was

anständige und ehrliche Menschen dazu treiben konnte, Bomben zu werfen. Darum geht es, obwohl

heger vom Schlage des Juden Bernhard sich verzweifelt dagegen stemmen, weil sie sich selbst schuldig fühlen.

„Entweder man gibt uns die Macht, oder man wird uns kennenlernen!“ heißt es an einer andern Stelle derselben Nummer. Wir danken für Aufklärung, wir sind schon im Bilde. Nur die Regierung scheint noch nicht gemerkt zu haben, mit wem sie es zu tun hat.

Ein anderer Artikel gilt dem verabschiedeten Polizeimajor Heinrich. Eine Sturzflut wüster Verleumdungen wird über ihn ausgeschüttet, und ihm das Strafgericht des Dritten Reiches angedroht.

Unter der Ueberschrift „Rot-Rord“ wird sodann gemeldet:

Bei roten Ueberfällen haben sich in Mahlsdorf und Umgebung bisher besonders hervorgetan: Fiedler, Hamburger Straße; Böser, Röntgenstraße; Hoppe, Schulstraße; Redlich, Zeppelinstraße; Fügler, Ruhlerstraße und Kaiser, Alt-Mahlsdorf.

Ein kleines Adreßbuch für Mörder! Wahr brauchen diese Beschuldigungen nicht zu sein, wirksam sind sie auf alle Fälle. Die Genannten sind offenbar „fette Bonzen“, und wer sie totschießt, ist „ein anständiger und ehrlicher Mensch“.

Wie es in solchen Fällen gewöhnlich geschieht, fehlt zum Graufigen auch das Grotest-Komische nicht. So wird die Regierung des befreundeten Oesterreich, weil sie sich gegen die Hehereien eines gewissen Habicht, eines reichsdeutschen

„Beauftragten Hitlers“, zur Wehr zu setzen wagt, mit einer Flut von Schimpfworten bedacht. Zum Schluß wird großsprecherisch verkündet:

Es wird eine der Aufgaben der bevorstehenden nationalsozialistischen Reichsregierung sein, das deutsch-österreichische Volk gegen die deutschfeindlichen Umtriebe seiner Regierung in Schutz zu nehmen.

So also beginnt das Dritte Reich. „Siegreich woll'n wir Oesterreich schlagen!“ Den rechten Spaß macht es ja doch nur, wenn es gegen Deutsche geht!

Wie der „Angriff“ schreibt, darf man in Papen-Deutschland schreiben! Republikanische Blätter werden verboten, wenn sich das zarte Gemüt unserer „streng überparteilichen“ Regierung durch sie verlezt fühlt. Was Kommunisten geschehen würde, wenn sie sich nur ein Zehntel von dem herausnehmen würden, was sich der „Angriff“ leistet, ist gar nicht auszudenken!

Der Kommissar für Preußen, Dr. Bracht, hat am 1. August die Presse ermahnt, sich jeder Aufpeitschung der Leidenschaften zu enthalten, anderenfalls sie schärfste Eingriffe in ihre Freiheit zu gewärtigen hätte. Wie er mit dieser Drohung dem „Angriff“ imponiert hat, das hat er seitdem in jeder seiner Nummern nachlesen können. Jetzt droht Herr von Papen mit der „brutalen Anwendung aller Machtmittel“.

Wem?

Wahlen und Wirtschaft.

Das Wahlergebnis: Antikapitalistische Sehnsucht.

Von S. Aufhäuser.

Die Reichstagsauflösung sollte nach der Absicht der Regierung den Volkswillen ermitteln. Das Wahlergebnis muß deshalb in zweifacher Richtung gewertet werden: einmal hinsichtlich der Staatsverfassung, zum andern der Wirtschaftsverfassung. Dabei ergeben sich abweichende Gruppierungen der Parteien. Die große Mehrheit der Wähler hat nicht nur einer faschistischen, sondern auch jeder Generals- oder irgendwie gearteten Herrendiktatur eine deutliche Absage erteilt. Die außergewöhnlich starke Beteiligung an den Wahlen läßt es auch nicht zu, von einer antiparlamentarischen Einstellung der breiten Volksschichten zu sprechen. Das Anwachsen der kommunistischen Stimmen kann auch weniger als Parteierfolg, sondern muß vielmehr als ein besonders scharfer Protest gegen das Verhalten der Reichsregierung zur verfassungsmäßigen Preußenregierung Braun-Severing gewertet werden. Der Unwille, einer Präsidialregierung neben der Reichswehr und der Polizei auch noch ohne Mandat vom Volk die Verwaltungsgewalt im größten Lande in die Hand zu geben, kam im Wahlergebnis besonders deutlich zum Ausdruck. Die Reichsratsitzung vom 3. August hat inzwischen gezeigt, daß auch bei den für die Einsetzung des Reichskommissars verantwortlichen Stellen die geschaffene Rechtsunsicherheit keineswegs verkannt wird.

Wenn wirklich dem Volkswillen Rechnung getragen werden soll, so hat der „Rotbau von Weimar“ dem Ansturm von rechts standgehalten. Nationalsozialisten und Deutschnationale sind trotz hemmungsloser Agitation und Terror in der Minderheit geblieben. Der Ständestaat ist sichtbar abgelehnt.

Das deutsche Volk hat aber auch seit dem Sturz der Regierung Brüning einen bitteren Anschauungsunterricht erteilt bekommen, wie eng Demokratie und sozialer Arbeitsschutz miteinander verbunden sind. Der Abbau politischer Volksrechte hat erst die Bahn für den rücksichtslosen Sozialabbau freigemacht. Das neue System“ hat etwa nach dem Grundsatz gehandelt: man muß dem Volke möglichst viel Rechte nehmen, damit es sich seinen Pflichten besser widmen kann!

Das Wahlergebnis läßt auch keinen Zweifel darüber, daß die Wählerschaft nicht nur entschlossen ist, dem blutigen Terror faschistischer Menschenjäger kraftvoll zu begegnen, sondern ebenso stark ist der soziale Gestaltungswille, der sich am 31. Juli geäußert hat. Die breiten Massen der vom Kapitalismus in Not und Elend verfertigten Arbeiter, Angestellten, Beamten, Erwerbslosen, Sozialrentner und Kriegsoffer, wie der Kleingewerbetreibenden und Bauern haben in der Volksabstimmung ihrer antikapitalistischen Sehnsucht Ausdruck verliehen. Auch hier kann der Stimmenzuwachs der NSD nicht als Parteierfolg angesehen werden, sondern als ein Symptom für die äußerste Zuspitzung der Klassengegenstände. Der Zerfall der Mittelparteien zeigt ebenfalls, daß zwischen den Klassen kein Raum verblieben ist. Der Exponent des Großkapitals ist im neuen Reichstag Herr Hugenberg. Seine Partei ist recht klein geblieben. Die Nationalsozialisten sind in ihrer Führung wohl bereit, dem verfallenden Kapitalismus Rettungsdienste zu leisten, die Massen der Hitler-Bewegung aber sind proletarisiert und sie stehen lediglich in falscher Front. Der Wahlkampf der Hitler-Partei war auch diesmal von sozialer Unaufrichtigkeit getragen. Und wenn noch einmal Tausende von proletarischen Wählern irregeleitet werden könnten, indem sie mit der Wahl der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei in Wirklichkeit für den Monopolkapitalismus gestimmt haben, so vermögen doch diese Wahlmanöver die antikapitalistische Grundeinstellung auch dieser irregeführten Nazi-Wählermassen nicht aufzuheben.

Der Anstieg der Nazistimmen wird zwar von den Hitler-Bonzens als nationale Revolution ausgelegt, er ist aber vielmehr eine soziale Revolution. Der Wähleraufruf hat die Unzufriedenheit mit der bestehenden Wirtschaftsverfassung als der Ursache aller Not zum Ausgangspunkt. Die neuproletarischen Schichten, die noch einmal als letzte Reserve für Hitler gedient haben, haben vom Standort ihrer sozialen Not radikal gestimmt. Sie haben an die „antikapitalistische Sehnsucht“ von Gregor Strasser, die er am 10. Mai im Reichstag und kurz nachher im Rundfunk in den Mittelpunkt seiner programmatischen Betrachtungen gestellt hatte, geglaubt. Man geht gewiß auch nicht fehl in der Meinung, daß die soziale Revolution im Lager der Nazis selbst am stärksten ist. Die bürgerkriegsähnliche Beschäftigung der SA- und SS-Mannschaften mag zur Zeit als Ablenkung von der sozialen Bewegung ihren Zweck

nach erfüllen. Die gewollte Rettungsaktion der kapitalistischen Wirtschaft ist dennoch fehlgeschlagen.

Der Hugenbergische Wall gegen die sozialistischen (wenn auch unklaren) Strömungen im Harzburger Lager ist überannt worden. Für die bewußten Verteidiger der kapitalistischen freien Wirtschaft ist nach dem 31. Juli eine mehr als schmale Basis übrig geblieben. Damit fehlt aber auch der Reichsregierung die für jede Staatsmacht unentbehrliche ökonomische Grundlage. Die nationalsozialistische Führung gewährt zwar dieser Regierung politische Unterstützung, die nationalsozialistische Wählerschaft aber ist alles andere als kapitalistisch gerichtet. Schon während des Wahlkampfes haben die eigenen Anhänger Hitlers gegen die für die wirtschaftliche Orientierung der Regierung maßgebliche Notverordnung rebelliert, sie erzeugten entgegen dem Willen der Führung die öffentliche Diskussion der Notverordnung. Es kann auch der Öffentlichkeit nicht entgangen sein, daß sowohl der Reichkanzler als auch der Reichswehrminister in ihren Rundfunkreden durch neue Formulierungen eine Verteidigung des heutigen kapitalistischen Systems vermieden haben. Ihr Wirtschaftsprogramm hat dadurch sicher nicht an Klarheit gewonnen, die Rücksicht auf die proletarischen Wählermassen auch der Nationalsozialisten aber war zu hören. Will man also den Willen des Volkes feststellen, dann hat die erdrückende Mehrheit ihren Entschluß zur Ueberwindung des Kapitalismus bekundet. Im Gegensatz zu den Regierungserklärungen, wonach sich die Wähler an die Armut der Nation anpassen sollten, brachten die Wähler zum Ausdruck, daß die Ueberwindung von Armut und Not von der politischen Ueberwindung der herrschenden kapitalistischen Wirtschaftsverfassung nicht zu trennen ist.

Es bleibt also dabei: die antikapitalistische Sehnsucht, die ein billiges und zur Täuschung bestimmtes Propagandamittel der Hitler-Bewegung sein sollte, ist zum tragenden Pfeiler der Wahl geworden. Rund 14 Millionen Wähler der SPD. und KPD. haben bewußt sozialistisch gewählt. Rund 13 Millionen nationalsozialistischer Wähler haben, wenn auch teils unbewußt, aber doch unter Ablehnung aller offen kapitalistisch eingestellten bürgerlichen Parteien für den Umbau der Wirtschaftsverfassung und für die Macht der Arbeit in Staat und Wirtschaft votiert.

Das Aktionsprogramm der Eisernen Front für den Umbau der Wirtschaft, wie es im Wahlkampf angekündigt worden war, wird zur Fahne von Millionen Kollaborierenden werden müssen. Wenn diese Wahl einen Sinn gehabt haben soll, dann stehen wir nun vor sozialer Erfüllungspolitik. Weder die Regierung noch die Nazi-Führung vermögen einen Ausweg aus den Niederungen der kapitalistischen Krise aufzuzeigen. Nur die planmäßig und gemeinwirtschaftlich gerichtete Organisation der Wirtschaft und die wachsende Verfügungsgewalt der Gesellschaft über Produktion und Warenverteilung lassen das Chaos der privaten „Wirtschaftsführer“ überwinden. Das Aktionsprogramm der Eisernen Front hält sich von utopischem Zukunftssozialismus frei und weist den Weg zum Gegenwartssozialismus, der allein Arbeitsbeschaffung und Verminderung der Massenverwerflichkeit verbürgt. Der neue Reichstag wird beim Zusammentritt Belegene haben, unseren sozialistischen Tatwillen in konkreten Anträgen über dieses Wirtschaftsprogramm kennen zu lernen. Die Fraktion der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei kann der Entscheidung nicht aus dem Wege gehen. Ihre hohe Fraktionsstärke verpflichtet sie. Sie hat mit Kommunisten und Sozialdemokraten jeden Augenblick die Mehrheit, um dem darbedenden deutschen Volke zu helfen. Der Niedergang der deutschen Wirtschaft zwingt aber auch das Reich, bald und entschieden zu handeln, wenn das Volk am Leben gehalten werden soll.

Für die deutsche Arbeiterklasse gilt es, trotz aller Herausforderung die Nerven zu behalten. Sie muß sich bewußt sein, daß sich ihre Kraftentfaltung in der Abwehr faschistischer Gewalt nicht erschöpfen kann, sondern ihre große geschichtliche Aufgabe in der positiven Gestaltung eines echten und sozialen Wohlfahrtsstaates, des Sozialismus, liegen muß. Der bevorstehende Winter läßt sich nicht mit Bajonetten regeln, die Entscheidung fällt im Raum der Wirtschaft.

Nachricht der Redaktion: Wir haben die interessanten Ausführungen des Genossen Lufhäuser, die durch einen Teil der Parteipresse gehen, auch unseren Lesern nicht vorenthalten wollen. Die Frage freilich, ob es in diesem Reichstag zu irgendwie ernstlichen Verhandlungen kommen wird, haben wir schon wiederholt in anderem Zusammenhang erörtert.

Bracht an die Beamten.

Erlaß über parteipolitische Betätigung.

Der stellvertretende Reichskommissar für Preußen, Dr. Bracht, hat an die Behörden der allgemeinen und inneren Verwaltung einen Erlaß über die parteipolitische Betätigung der Beamten gerichtet. Darin wird unter Hinweis auf die Beteiligung von Beamten an der Agitation im letzten Reichstagswahlkreis aufmerksam gemacht, daß er in seinem Beruf Diener der Gesamtheit und nicht einer politischen Partei sei. Aus diesem hohen Beruf der Beamten ergebe sich für seine private parteipolitische Betätigung zum mindesten in der Form des Auftretens Grenzen, die gerade in einer von Parteileidenschaft durchwühlten Zeit nicht überschritten werden dürften.

Wenn sozialdemokratische Minister früher ähnliche Auffassungen gegenüber der staatszerlegenden Hege rechtsradikaler Beamten vertreten haben, so konnte die ganze Rechtsprelle sich nicht genug über „Gefinnungsterror“ entrüsten. Der Erlaß von Herrn Bracht aber findet bei ihr sehr freundliche Aufnahme, denn daß der von Herrn von Papen ausgesandte Kommissarius diesen Erlaß nicht gegen Papens „aufbauwillige Kräfte“ in Anwendung bringen wird, liegt auf der Hand. Sonst hätte Herr Bracht schon die Gelegenheit wahrgenommen, gegen die demonstrative Parade einer geschlossenen Schutztruppe vor dem Kurfürstendammer Heißdorf einzuschreiten.

Zimmer neue Opfer!

Bier ermordete Reichsbannerkameraden in wenigen Tagen!

Der in Löhren erschossene Reichsbannerführer ist nicht das einzige Opfer, das in letzter Woche aus den Reihen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold gefordert hat. In Oberschlesien wurde zwischen den Ortschaften Krug und Hochkretscham der Sekretär des Reichsbanners, Simsch, aus dem Kreise Leobschütz, im Chauffeegraben tot aufgefunden. Simsch hat mehrere Kopfschüsse erhalten.

In der Nacht zum Montag sind zwei weitere Reichsbannerleute, die vor mehreren Tagen verundet wurden, ihren Verletzungen erlegen. So starb in Nordhausen der Reichsbannermann Klapproth aus Bad Sachsa, der in der Nacht zum 31. Juli mit anderen Reichsbannerleuten von SA-Leuten niedergeschossen worden war. In demselben Augenblick, da Klapproth starb, gab seine Frau einem vierten Kinde das Leben.

In der Nacht vom 24. zum 25. Juli wurde der 22-jährige Reichsbannermann Siegfried Beh aus Holtshausen im Kreis Siegen am Fenster in seiner Wohnung durch SA-Leute schwer verletzt. Er erhielt zwei Schüsse durch den Hals. Dieser Verwundung ist Beh in der Nacht zum Montag erlegen.

Der Mord an Simsch.

Breslau, 8. August. (Eigenbericht.)

In den Morgenstunden des Montag wurde an der Chauffee von Krug nach Hochkretscham im Straßengraben die Leiche des Arbeiters Simsch aus Rasfeld, Kreis Leobschütz, gefunden. Sie trug zwei Kopfschüsse auf. Schon am Sonntag hatten Bewohner von Krug einen Mann im Straßengraben liegen sehen. Sie glaubten jedoch, daß es ein Schlafender sei. Erst als der Mann auch noch am Montag dalag, schöpfte man Verdacht und stellte fest, daß der „Schlafende“ ein Toter war.

Simsch ist nach örtlichen Feststellungen bereits am Sonnabend zwischen 20 und 21 Uhr ermordet worden. Er war in seinem Heimatort Führer des Reichsbanners. Vermutlich hängt die Mordtat mit Zusammenstößen in Leobschütz zusammen, in deren Verlauf am Sonnabend fünf Nationalsozialisten und ein Reichsbannermann verletzt wurden. Die Nationalsozialisten hatten versucht, in das Leobschützer Volkshaus einzudringen. Simsch war möglicherweise an diesem Zusammenstoß beteiligt. Auf dem Wege nach Rasfeld dürfte er dann in den Abendstunden überfallen worden sein.

„Hilfspolizei“ in Löhren.

Scharfe Kontrollmaßnahmen in Löhren.

In Löhren werden bei Anbruch der Dunkelheit ständig alle Zufahrtsstraßen der Stadt durch starke Polizeiposten besetzt. Alle Personen, die aus der Stadt und in die Stadt wollen, werden einer scharfen Kontrolle unterzogen. Bei einer solchen Durchsicherung sind von der Polizei neun Pistolen beschlagnahmt worden, die größtenteils

teils Reisenden (?) gehörten, die keine Waffenscheine hatten. — In Löhren sind Hilfspolizeibeamte eingesetzt worden, die zusammen mit uniformierten Beamten einen nächtlichen Sicherheitsdienst durchführen sollen. Die SA hat sich in Löhren bereits seit einiger Zeit Polizeigewalt angemahnt. Sind die anlässlich des besagten Hilfspolizeibeamten etwa auch der SA entnommen?

Die Attentatsseuche.

Weitere Terrorakte in Ostpreußen und Schlesien.

Reidenburg, 8. August.

In Reidenburg wurde vor der Drogerie von Tilmann eine Bombe zur Explosion gebracht, eine zweite vor dem Kaufhaus Marchlowig und eine dritte vor dem Kaufhaus Wisliniegl.

Dilschowsburg, 8. August.

Bei zwei jüdischen Firmen wurden gestern durch Steinwürfe mehrere Schaufensterscheiben zertrümmert.

Allenstein, 8. August.

Aus einem Automobil wurde heute früh gegen 2 Uhr gegen das Geschäfts- und Wohnhaus des hiesigen Kommunisten Abraham eine Bombe geschleudert. Personen wurden nicht verletzt.

Jannowitz i. Kiesegebirge, 8. August.

In der hiesigen Konsumniederlage ereignete heute morgen eine Detonation. Unbekannte Täter hatten einen Sprengkörper mit Zündschnur hinter das Gitter des Eingangstors gelegt. Dieses und ein großer Teil der Inneneinrichtung des Ladens wurden zertrümmert. Personen sind nicht zu Schaden gekommen.

Feuerüberfall auf Gewerkschaftssekretär.

Rimplisch, 8. August.

In der vergangenen Nacht ist im Kreise Rimplisch noch ein Anschlag verübt worden. In Groß-Tinz wurden auf die Wohnung des Gewerkschaftssekretärs Dreilich sieben Schüsse aus einer Maschinengewehr abgegeben. Die Kugeln drangen in das Mauerwerk ein, ohne Schaden anzurichten.

Mit der Klärung dieses Anschlages, sowie der bereits gemeldeten drei Handgranatenschläge sind der Oberstaatsanwalt und Beamte der Landeskriminalpolizei beschäftigt.

Feuerüberfälle in Marienburg.

Marienburg, 8. August.

In der Nacht zum Montag wurden in das Schlafzimmer des Arbeiters Klein Steine geworfen. Kurz darauf schossen unbekannte Täter mehrfach auf die von dem Arbeiter Kwitteritz bewohnte Nachbarwohnung. Beide Betroffenen sind Kommunisten. Auch auf die Wohnung des Zimmermeisters Rahlez ist ein Schuß abgegeben worden, ohne daß einer der Wohnungsinhaber verletzt wurde. Die Täter flüchteten zur Rogat und schwammen zum Freistaat Danzig hinüber. Es gelang der Polizei, die Täter in Ralshof zu verhaften. Bei ihnen wurden drei Pistolen gefunden. Man nimmt an, daß der letzte Anschlag nicht Rahlez, sondern dem Kommunistenführer Reubauer gegolten hat.

Bracht, Kerl und Polizei.

Festreden bei den Polizeioffizieren.

Bei einer Jahrsfeier-Gründungsfeier der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hielt Herr Bracht gestern eine Rede, in der er sagte, er habe nicht die Absicht, lange an seiner Stelle zu bleiben. Er wünsche vielmehr, daß seine Tätigkeit als Reichskommissar nur vorübergehend sein möge. Jetzt sei die Polizei mehr als je berufen, holt der Staatsautorität zu sein und mit strengster Gerechtigkeit und Ueberparteilichkeit ihres Amtes zu walten. „Ich stehe ebenso wie Sie, meine Herren“, sagte Herr Bracht weiter, „unter dem Eindruck, daß in manchen Fällen in den vergangenen Jahren die Parteipolitik die Staatspolitik überwuchert hat.“ Jetzt müsse aber das Wort Staat wieder großgeschrieben werden. „In einer Notzeit wie der jetzigen haben wir keine Zeit zu politischen Reibereien.“

Wir sitzen alle in einem Kahn, und der schlägt eines Tages um, wenn wir so weiter rufen wie bisher.“ Die ganze Beamtenschaft lehne sich nach einer klaren, festen, gerechten, überparteilichen Führung, die sich nicht an Masseninstinkten, sondern an Staatsnotwendigkeiten orientiere. „Den, der seine Pflicht tut, werde ich schützen, auch gegenüber Presse- und Parlamentsangriffen. Lassen Sie sich durch nichts beeinflussen, in aller Ruhe Ihren Dienst zu tun... Ich hoffe, daß es Ihnen gelingt, unter Führung charaktervoller Männer (!) unsere gemeinsame Aufgabe zu erfüllen, Volk und Vaterland über diese Notzeit ungefährdet hinwegzubringen.“

Als Vertreter der Parteipolitik und der Masseninstinkte sprach dann der Landtagspräsident Kerl. Aufgabe der Zukunft, erklärte er, sei es, die Parteipolitik aus dem Staatswesen auszuschließen. Das wage er zu sagen, obgleich er heute noch Präsident eines Hauses sei, in dem die Parteipolitik ihr Unwesen treibe.

Getarnte SA-Polizei.

Bei Klages heißt sie jetzt Selbstschutz.

Braunschweig, 8. August.

Im Staatsministerium fand am Montag eine Besprechung des Vorstandes der Landtagsfraktion Bürgerliche Einheitsliste mit Minister Klages in der Frage der Aufstellung einer Hilfspolizei statt.

Nach einmütiger Auffassung über „die Notwendigkeit eines ausreichenden Schutzes der Bevölkerung“ in Stadt und Land Braunschweig wurde volles Einverständnis über die zu ergreifenden Maßnahmen erzielt. Das weitere wurde dem Staatsministerium überlassen. Die Aufstellung einer Hilfspolizei soll nicht mehr in Betracht kommen. Lediglich die Schaffung von Selbstschutzzorganisationen soll genehmigt werden.

Ob Herr Klages die Ergänzungsmannschaften der Braunschweiger Polizei nun „Hilfspolizei“ oder „Selbstschutz“ nennt, interessiert die Öffentlichkeit gar nicht. Dagegen bleibt die Tatsache bestehen, daß Herr Klages aus SA-Formationen — unseren Informationen nach sollen es 300 bis 400 Mann sein — eine Sicher-

heitstruppe mit Polizeibefugnissen bildet, die den Abmachungen mit der Reichsregierung auf das schärfste widerspricht. Herr von Gahl hatte am Sonnabend erklären lassen:

„es sei nunmehr vollkommen festgesetzt, daß keinerlei Parteiformationen in staatlichen Funktionen verwendet werden. Die Bildung von Formationen, die irgendwelche politischen Aufgaben übernehmen sollten, werde nicht zugelassen.“

Will Herr von Gahl diese offensichtliche Provokation des Braunschweiger Staatsministers Klages widerspruchlos hinnehmen oder wird er sich endlich entschließen, die Autorität des Reiches gegen diesen auffälligen Landesminister zu wahren?

„Die Geister, die ich rief...“

Abschüttelung der Bombenattentäter durch Regierungsnazi.

Der nationalsozialistische Landtagspräsident in Braunschweig, Jörner, hat sich gegenüber dem Vertreter der „Braunschweigischen Landeszeitung“ sehr erregt gegen den Bombenanschlag in der Langenstraße ausgesprochen. Die Täter hätten gegen den ausdrücklichen und mehrfach wiederholten Befehl Hitlers verstoßen und sich durch ihre Tat selbst aus der Partei ausgeschlossen. Besonders verwerflich sei die Ausführung der Tat in einem Lande, für dessen Ruhe und Sicherheit seit zwei Jahren ein nationalsozialistischer Minister (Gahl!) verantwortlich sei. Durch solche Unüberlegtheiten könne die politisch unangreifbare Stellung der NSDAP. beeinträchtigt werden.

Es scheint, daß es den regierenden Nazisorten in Braunschweig vor ihren eigenen Parteigenossen unheimlich wird, bei denen sie jetzt die Frucht ihrer hemmungslosen Agitation reifen sehen.

Das Bandenunwesen in Mecklenburg.

Die Ueberfälle in Schwerin

Die sozialdemokratische Fraktion im Mecklenburg-Schweriner Landtag hat an die Staatsregierung folgende Große Anfrage gerichtet:

„In der letzten Zeit, im besonderen nach Amtsantritt der Regierung vom 13. Juli, häufen sich im Lande Mecklenburg die Terrorakte. Wie durch die Polizei und einwandfreie Augenzeugen festgestellt worden ist, werden diese Gewaltakte verübt von Leuten, die die nationalsozialistische Parteiuniform tragen. In verschiedenen Städten sind Fensterbrüche von Geschäftsstellen und Verkehrsstellen der Arbeiterkassen eingeschlagen worden. In der Nacht vom 5. auf den 6. August sind über 20 ruhig und friedlich ihres Weges gehende Schweriner Bürger von nationalsozialistischen Truppen in Stärke von 30 bis 50 Mann überfallen, bestohlen und niedergeschlagen worden. Ähnliche Terrorakte spielten sich auch in anderen mecklenburgischen Städten und Gemeinden ab. Was gedenkt die Regierung zu tun, um diesem Bandenunwesen ein Ende zu bereiten und Sicherheit und Leben der mecklenburgischen Staatsbürger zu schützen?“

Ein Sprengstoffanschlag wurde im Sprengstofflager in Bintelgrund, Kreis Kreuznach, unternommen. Den Tätern fiel eine Kiste mit Dynamitpatronen und Sprengtapeln in die Hände.

Gute Freunde.

Ratschläge und Warnungen für Hitler.

Zu den betriebfamsten Förderern der nationalsozialistischen Bewegung gehört der schwerkapitalistische Schilling der Reichsbahn, die „D.F.“. Dieses Blatt hält es angeht die Verhandlungen über die Regierungsumbildung für zweckmäßig, dem ungebärdigen Hitlerbuben gut zuzureden. Es läßt sich am Montag also vornehmen:

„Wenn die Nachricht richtig ist, daß die nationalsozialistische Führung das Reichkanzleramt für Adolf Hitler fordert, so müßte man sie davon aus mehreren Gründen warnen. Einmal im Hinblick auf den Reichspräsidenten, der sich immerhin durch die tragisch-falsche Frontstellung bei der Präsidentenwahl nicht hat davon abhalten lassen, das Steuer herumzumerlen und den Nationalsozialisten Unform und unbeschränkte Agitationsfreiheit zurückzugeben. Dann aber errent jener angebliche Vortag der Nationalsozialisten vom Standpunkt ihrer Bewegung selbst Bedenken. Hierüber zu entscheiden ist gewiß nicht unseres Amtes, und die nationalsozialistische Führung muß am besten selber wissen, wie groß die Belastung sein kann, die sie der Bewegung zumutet. Wir fürchten, der Anspruch Hitlers auf das Reichkanzleramt, wenn er sich bewährt, würde diese Belastung als zu groß erscheinen lassen; die Folge wäre eine akute Gefährdung der nationalsozialistischen Partei. Das Argument, bisher habe man den Anspruch der stärksten Partei anerkannt und wolle nun zumunsten der Nationalsozialisten davon abgesehen, ist falsch. Seit 1918 bis zum 31. Juli war immer die Sozialdemokratie die stärkste Partei im Reichstag; sie hat trotzdem nur dreimal den Kanzler gestellt ...

Hitler ist als Führer der nationalsozialistischen Bewegung im nationalen Sinne viel wertvoller als an der Spitze des Kabinetts. Dagegen bestehen nicht nur keine Bedenken gegen die Mitwirkung hervorragender Nationalsozialisten in der Reichsregierung, sondern diese Mitwirkung ist unerlässliches politisches Gebot. Das zweite Kabinett von Papen könnte dann, den Ankündigungen des Reichkanzlers entsprechend, so schnell wie möglich die drei verfassungsändernden Gesetze vorlegen, die die Stunde verlangt: Wahlreform, Parlamentsreform und Erste Kammer, Gesetz über das Verhältnis zwischen Preußen und Reich. Die Durchführung dieser historischen Aufgaben würde ihm leichter fallen als einem Kabinett Hitler; daß aber an die politische Neuordnung Hand angelegt werden muß, daß diese Aufgaben keinen Aufschub mehr dulden, ist klar.

Nun ist es immer interessant zu beobachten, wie auf so freundschaftliche Ratschläge des offen kapitalistischen Organs an den pseudosozialistischen Freund reagiert wird. Man wird die Antwort mit Aufmerksamkeit lesen können, falls nicht der gleichzeitig erscheinene „Angriff“ schon die Antwort vorweggenommen hat.

Über vielleicht interessiert in diesem Zusammenhang auch eine andere Stimme über die Hitlererei, die die große Aufgeschlossenheit etwas kritischer betrachtet. Hier heißt es unter anderem:

„Wer Gelegenheit genommen hat, das wirtschaftspolitische Niveau der Herren Feder und Strasser und anderer prominenter „Nazis“ genauer zu studieren, ist entsetzt über den Dilettantismus, mit dem eine Partei wirtschaftspolitische Probleme behandeln zu können glaubt. Vom wirtschaftspolitischen Standpunkt aus betrachtet, ist der Nationalsozialismus, wie er sich heute gibt, jedenfalls ein beinahe bündnisfähiger Partner für den Kommunismus, dessen Bekämpfung er sich bekanntlich politisch zum Ziel gesetzt hat.

Hier hat man es schwarz auf weiß, daß die Regierung Papen im Begriff ist, einem bündnisfähigen Partner des Kommunismus wenigstens einen Teil der Regierungsgewalt zu übergeben. Der Zeuge, der hier die Nationalsozialisten kennzeichnet, ist sicher auch für Papen unerschütterlich. Denn das Zeugnis kommt aus der „D.F.“ selbst und verliert an Gewicht nichts dadurch, daß es zur Reichstagswahl 1930 abgelegt wurde!

Kerl wird gestellt.

Sozialdemokratie verlangt Landtageeinberufung.

Die sozialdemokratische Fraktion des Preussischen Landtags hat mit Rücksicht auf die Abhebung der für den 16. August vorgesehenen Wahlen folgende Schreiben an den Landtagspräsidenten Kerl gerichtet:

„In der letzten Sitzung des Vorkomitees hatten die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion die Absicht, den Landtag am 9. August zusammenzutreten zu lassen. Nachdem man sich auf den 16. August als Tagungstermin einigte, waren wir damit einverstanden. Wir haben Verständnis dafür, daß auf die Tagungen der Parteien beim Zusammenritt der Parlamente Rücksicht genommen wird. Wir beantragen deshalb, die nächste Sitzung des Landtags am 19. und 20. August abzuhalten. Bei dieser Regelung hätten die nationalsozialistischen Abgeordneten einen Reisetag von ihrer Tagung nach Berlin frei.“

Der Fall Diels.

Neue Feststellungen.

Wir haben in unserer Sonntagsausgabe die Mitteilung der staatsparteilichen Wochenzeitung „Deutscher Kustieg“ über die merkwürdige Rolle des Oberregierungsrats Dr. Diels wieder gegeben. Von zuständiger Stelle wurde auf Anfrage erklärt, daß diese Darstellung „in allen Punkten unrichtig“ sei.

Demgegenüber erklären wir auf Grund genauer Erkundigungen, daß dieser amtliche Ehrenrettungsversuch zugunsten des Dr. Diels in allen Punkten falsch ist. Wir sind bereit, wo immer es auch sei, den Wahrheitsbeweis für die drei Behauptungen anzutreten, die wir hiermit öffentlich wiederholen:

1. Die Anregung zu einer Besprechung zwischen dem Staatssekretär Abegg und den kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler und Münzberg ist von Dr. Diels, damals noch Regierungsrat, ausgegangen.

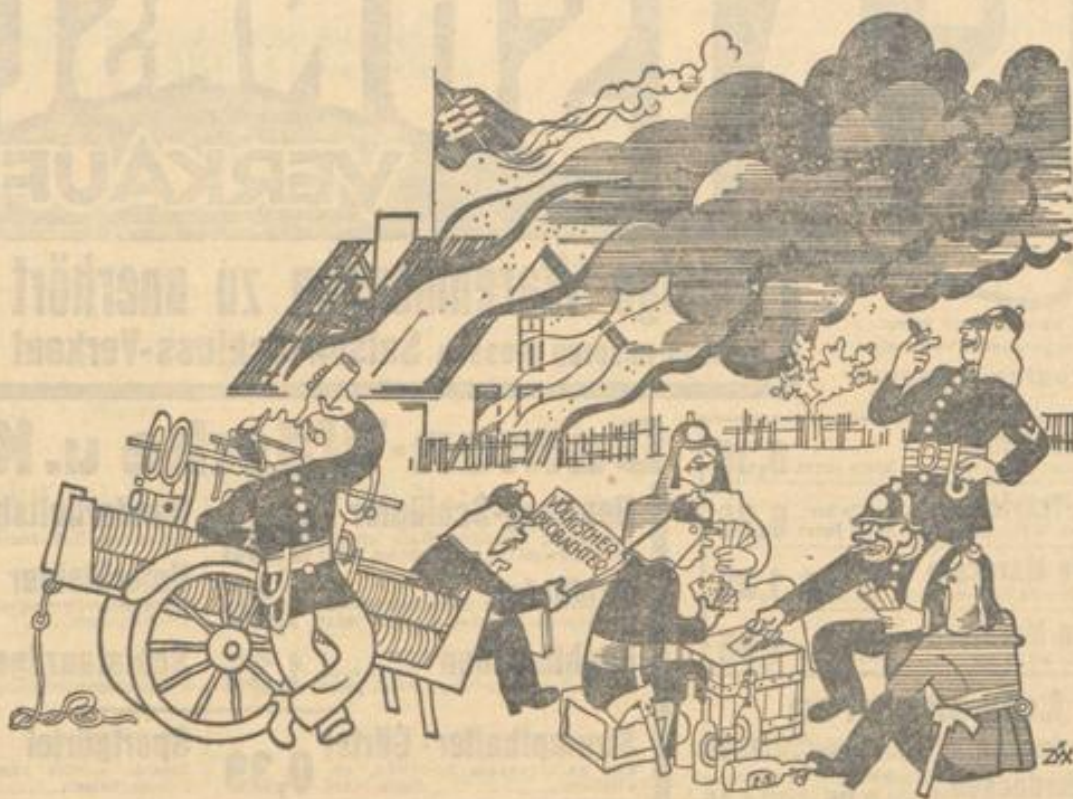
2. Dr. Diels, der an dieser Besprechung teilgenommen hatte, äußerte danach dem Staatssekretär Abegg gegenüber seine Meinung über den Verlauf und die Möglichkeit dieser Verhandlungen und sprach sogar die Hoffnung aus, daß solche Unterredungen mit kommunistischen Führern noch öfter stattfinden.

3. Die Anschuldigungen, die von der Reichsregierung gegen Staatssekretär Abegg wegen seiner Besprechung mit Torgler und Münzberg erhoben und sogar als eins der Hauptargumente für die gewalttätige Abhebung der preussischen Staatsregierung verwendet wurden, stützen sich auf die Bekundungen desselben Dr. Diels.

Um das schöne Bild abzurunden sei noch folgendes festgestellt: Dr. Diels, der erst vor zehn Monaten vom Regierungsrat zum Regierungskommissar befördert worden war, ist jetzt unter Reichskommissar Bracht zum Oberregierungsrat befördert und als Kommissar der Staatsregierung nach Ostpreußen entsandt worden. Die Wartezeit für ein solches Avancement vom Regierungsrat zum Oberregierungsrat beträgt sonst zwei Jahre. Es ist natür-

Die Feuerwehr von Alzenau.

Das Haus eines Republikaners wurde in Brand gesteckt, die vernünftige Feuerwehr verweigerte die Löscharbeit.



„Hier schreibt der „Bötsche“: Es kommt nicht auf den Tatbestand, sondern auf die Gesinnung an. — Na also!“

Gaulls Verteidigungsschrift.

Die Regierung Papen an den Staatsgerichtshof.

Die Reichsregierung hat dem Staatsgerichtshof unter Ausnutzung der letzten Frist endlich ihre Gegenerklärung zur Klage der preussischen Regierung wegen verfassungswidriger Amtsenthebung übermitteln. In diesem umfangreichen, von Herrn von Gaull unterzeichneten Schriftstück wird die Einsetzung des preussischen Staatskommissars zu rechtfertigen versucht.

Die hervorragenden deutschen Rechtslehrer haben der Reichsregierung jedes Recht zur Amtsenthebung der Regierung Braun-Severing abgesprochen. Die von Herrn von Gaull eingereichte Begründung ist deshalb zugleich eine verfassungsrechtliche Auseinandersetzung mit Gelehrten wie Anschütz. Was gegen ihn von der Reichsregierung vorgebracht wird, ist verlegene Ausrede. Wir können diese juristische Seite der Streitfrage beiseite lassen. Prüfen wir, was Herr von Gaull politisch als Rechtfertigung vorzubringen hat.

Es sind die gleichen Argumente und Darstellungen, wie wir sie wiederholt im Rundfunk durch Herrn von Papen und andere Minister vernommen haben. Diesmal nur ein wenig breiter und ausgefeilter. Da wird vor allem auf die „Bürgerkriegslage“ in Deutschland hingewiesen, auf die kommunistische Gefahr und daß es der Regierung Braun-Severing an der notwendigen Unparteilichkeit gegenüber den Kommunisten gefehlt hätte. Wäre dem so, und wären die Argumente über die erforderliche „Unparteilichkeit“ einer Regierung gegenüber einer Partei des Bürgerkrieges stichhaltig, so dürfte gerade diese Reichsregierung Papen-Gaull keine Stunde länger im Amt bleiben. Denn mit hundertmal mehr Berechtigung wäre gegen diese Reichsregierung zu sagen, was sie vor dem Staatsgerichtshof gegen Braun-Severing behauptet und was sie als eine Notwendigkeit bezeichnet zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. An jedem Tag, den wir seit

dem 30. Juli gezählt haben, wurde die preussische Regierung gerechtfertigt und die Reichsregierung durch die Tatsachen und Ereignisse widerlegt und verurteilt.

Greifen wir noch einen Punkt der Gegenerklärung und der Begründung der Reichsregierung für die Reichsregierung heraus: die politischen Reden der preussischen Minister und des Polizeipräsidenten Orzesinski im Wahlkampf. Wäre auch dies stichhaltig, so muß die Reichsregierung gefragt werden, ob sie nicht die Blut- und Galgenteden eines Klagges kennt oder eines odenburgischen Ministerpräsidenten Köber? Was hat sie gegen diese Parteibuch-Regierungen unternommen?

Wo wir auch die Rechtfertigungsversuche und Erklärungen der Regierung Papen-Gaull anpacken, der Vorderfuß trifft den Hinterfuß auf, ein Argument wird er schlagen durch das andere. Die Reichsregierung hätte sich die Mühe sparen und offen sagen sollen: wir haben es getan, weil wir die Macht zu haben glauben und weil uns und Herrn Hitler eine Regierung Braun-Severing nicht in den Kram paßt. „Die ganze Richtung paßt uns nicht“ sagte einmal ein preussischer Junker vor dem Krieg. Das war zwar nicht verfassungsmäßig, aber ehrlich!

Die verfassungsmäßige Regierung Preußens wird die Antwort auf den Rechtfertigungsversuch der Papen-Regierung nicht schuldig bleiben.

Die Klagen Bayerns und Badens.

Die von zuständiger Stelle mitgeteilt sind, sind am 6. August die Klagen von Bayern und Baden beim Staatsgerichtshof eingegangen. Für die Verhandlung kann ein Termin noch nicht angegeben werden. Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke ist von seinem Urlaub zurückgekehrt, um die Vorarbeiten selber zu leiten.

lich ein reiner Zufall, daß die Beförderung des Dr. Diels unmittelbar nach der Abhebung von Severing und Abegg schon nach zehn Monaten erfolgt ist!

Wie verheerend solche Vorgänge auf die öffentliche Moral und vor allem auf den Geist der Beamtenschaft wirken müssen, darüber braucht man kein weiteres Wort zu verlieren.

Der Arzt als SA-Führer

Heimtückischer Feuerüberfall auf Pfalskaffee

Bielefeld, 8. August. (Eigenbericht.)

In Neuhaus bei Paderborn kam es am Morgen des 31. Juli zu blutigen Zusammenstößen. Die Schuld fällt nach den polizeilichen Ermittlungen ausschließlich auf die Nationalsozialisten. Die Polizeiverwaltung Paderborn teilt dazu u. a. folgendes mit:

Der nationalsozialistische Arzt Dr. Linden aus Neuhaus fuhr mit mehreren Begleitern in seinem Personenkraftwagen durch den Ort. Als sie an einer vier Mann starken Klebefolonne der Eisernen Front vorbeikamen, stiegen sie aus und stürzten sich mit einigen Leuten der Besatzung eines unmittelbar darauf folgenden Ueberfallwagens der Paderborner SA auf die vier Mitglieder der Eisernen Front. Die Ueberfallenen wurden mit Caffen, Spaten und einer Autokurbel übel zugerichtet. Zwei, Lämmerhirt und Ertel, wurden schwer verletzt.

Nach vollbrachter Tat trat die Nazikolonne etwa 50 Meter weiter auf eine über 10 Mann starke Klebefolonne der Kommunisten. Dr. Linden, der mit seinem Personenkraftwagen wieder dem SA-Ueberfallwagen vorausfuhr, stoppte neben der Kolonne sofort ab und gab auch dem SA-Wagen das Zeichen zum Halten. Die Kommunisten flüchteten sofort querfeldein durch eine Sandgrube. Dr. Linden gab darauf das Kommando zum Schießen. Er selbst feuerte die ersten Schüsse auf die Fliehenden ab und traf Josef Bräcke in den Rücken. Die Besatzung des SA-Wagens verfolgte die fliehenden Kommunisten und gab aus schwerkalibrigen Pistolen weitere 15 bis 20 Schüsse ab, ohne jedoch noch jemanden zu treffen. Die Ueberfälle wurden ohne jeden Grund ausgeführt, waren aber offenbar nach einem bestimmten Plan vorbereitet. Die Hauptbeteiligten sind festgenommen, während von einer Inhaftierung der übrigen

abgesehen wurde, weil eine Verdunkelungsgefahr nicht mehr bestand.

Die im Anschluß an die Untersuchung vorgenommenen Hausdurchsuchungen führten zur Entdeckung von Waffenlagern.

Aus Versehen bombardiert.

Französische Artillerie beschießt eine Dorfkirche.

Paris, 8. August. (Eigenbericht.)

Ein Dorf in der Nähe von Gueret in Mittelfranreich ist am Sonnabend von einem nahegelegenen Artillerieübungsplatz aus infolge falscher Berechnungen bei der Einstellung der Geschütze bombardiert worden. 12 Granaten mittleren Kalibers schlugen um die Dorfkirche ein. Wie durch ein Wunder wurde niemand verletzt; die Granaten richteten nicht einmal schweren Sachschaden an. Trotzdem bemächtigte sich der Einwohner des Dorfes große Erregung, zumal sie bereits vor drei Jahren das Opfer eines ähnlichen Verfehlers waren.

Sudetendeutscher Nazis vor Gericht.

Hochverratsprozeß vor tschechischen Richtern.

Brünn, 8. August.

Von dem Strafgericht in Brünn wird der Hochverratsprozeß gegen sieben tschechendeutsche Nationalsozialisten fortgesetzt, der am 4. Juni in Prag begonnen hat. Angeklagt sind Mitglieder des „Volksportverbandes“. Sie sind zum größten Teil seit Anfang März in Haft. Das Urteil wird für die übrigen 256 seinerzeit verhafteten Nationalsozialisten entscheidend sein.

Den Angeklagten wird zur Last gelegt, sich „zu Anschlägen auf die Republik vereinigt“ zu haben, „zu diesem Zwecke in unmittelbarer oder mittelbarer Verbindung mit fremden Faktoren getreten“ zu sein und „bewaffnete Kräfte“ gemeinsam, organisiert und ausgebildet zu haben. Der „Verband Volksport“ sei eine Zweigstelle der NSDAP, deren Ziel darin bestehe, das „Dritte Reich“ aufzurichten, das alle Deutschen, also auch Gebiete der tschechoslowakischen Republik in sich schließen soll. Die Angeklagten trugen das Zeichen der Unterdrückungsgefangenen, eine rote Armbinde.

GROSSER SAISON-SCHLUSS-VERKAUF

Riesige Warenmengen zu unerhört billigen Preisen
machen unseren grossen Saison-Schluss-Verkauf zu einer Sensation Berlins

Verkauf soweit Vorrat
Mengenabgabe vorbehalten
Beginn 1. August

Verkauf soweit Vorrat
Mengenabgabe vorbehalten
Beginn 1. August

Blumenbatist mit feiner Seer, für Wäsche ... Meter jetzt	0,39
Agfa-Travis Kunstseide, milde Seer, in feinen Wäschefarben ... Meter jetzt	0,98
Crépe Marocain reine Kunst- seide, grosses Farbsortiment, Mtr. jetzt	1,38
Crépe Marocain Kunstseide, feine Druckmuster ... Meter jetzt	1,95

Leinenwaren

Zephirdecken Indanthrenfarb., ca. 130/130, fröh. Stück bis 1,30, jetzt	0,98
Künstlerdecken waschbar, ca. 110/150 cm, Stück 1,45, jetzt	0,95
Crépedecken weisse od. modifarh., ca. 130/100 cm, Stück 2,48, jetzt	1,98
Rolltücher halblein, Jacquardgewebe, mit Bordüre, ca. 80/100 cm, St. jetzt	1,65

Bettwäsche

Damast-Garnituren 1 Deckbett, 2 Klei- den, morzerisierte Makenqualität, früher Stück bis 12,50, jetzt	8,75
Paradekissen-Bezüge mitStickerel -Kln- u. -An- stz, früher Stück bis 3,75, jetzt	2,75
Ueberdecken hieran, ca. 150/200, fröh. St. b. 6,25, jetzt	4,50
Bettflaken prima Halbleinen, mit verstärkter Mitte, Grösse ca. 100/200, früher Stück bis 5,25, jetzt	3,90
Reisedecken mit Bandleinsang Stück jetzt	2,25

Damen-Wäsche u. Korsette

Bemberg-Schlüpfer Kunstseide, feinfädige Ware, grosses Farbsortiment ... Stück jetzt	0,95	Handarbeitshemden mit reichen Hohlsäumen, Stück jetzt	1,35
Schlüpfer schwere kunstseidene Qualität, gut verarbeitet, Stück jetzt	1,35	Unterkleider Garnseide, schwere Qualität, mit Hand- arbeitsmotiven ... Stück jetzt	2,90
Nachthemden guter Wäschestoff, mit Stickerelgarierung ... Stück jetzt	1,35	Schlafanzüge verschiedene Ausführungen, Stück jetzt	2,95
Strumpfhalter - Gürtel aus gefüttertem Brocade, mit 4 Hüllern ... Stück jetzt	0,39	Sportgürtel Brocade, weitch zum Haken, mit 2 Gummistellen ... Stück jetzt	0,78

Einzelstücke in Hüfthaltern und Corselets
unsortierte Grössen, z. T. sehr elegante Stücke, enorm herabgesetzt.

Fleur Romain reine Wolla, in vielen Farben ... Meter jetzt	0,98
Afghalaine ca. 130 cm breit, reine Wolla, hervorragende Kleiderware, gross. Farbsort., Meter jetzt	2,35
Crépe Satin reine Seide, schwere Qualität ... Meter jetzt	2,75
Crépe Africain reine Seide, vor- zügliche Qualität, schwarz und neue Farben Meter jetzt	3,40

Herren-Artikel

Herron-Sporthemden fest. Krag, gute Qualität, St. jetzt	2,90
Herron-Schlafanzüge moderne Strai- fen, St. jetzt	4,90
Herron-Kragen halbbreit ... Stück jetzt	0,25
Krawatten reine Seide ... Stück jetzt	0,48
Herron-Hüte moderne Farben und For- men ... Stück jetzt	1,75
Damen-Schirme moderne Bordf- ren ... Stück jetzt	2,75

Ausserdem

Grosse Posten Enorm billigi
Glas · Porzellan · Wirtschaftsartikel
Die beste und billigste Einkaufsgelegenheit
für Hotels, Pensionen, Restaurants, Anstalten usw.

Berufskleidung

Arztmäntel weisse Körper, mit auswechselbaren Knöpf., St. jetzt	2,95
Staubmäntel farbig, offene und geschlos- sene Form, St. jetzt	3,25

Enorm billige Angebote in
Monteuranzügen, Malerkitteln usw.

HERMANN TIETZ

Theater,
Lichtspiele usw.

SCALA
Tagl. 6 u. 8 1/2 U.
LUCILLE PAGE
mit ihrem
DINOSAURUS
und
DIE STARS
DER WELT!

PLAZA
Mlle Scher, Inf.
1 u. 8 1/2, 10, 11, 12, 13 u.
17 u. 18 Uhr
Die Czardäurstin

Winter Garten
11 Uhr 15. Flora 3434. Kundn. eri-
Taps & Tempo, Remos Comp.
4 Richys, Sealitel, M. & C. Mayo
Levanda, Hunter & Bobette
usw.

Herzdame
Gartenbühne
8.30 Uhr
Konzert u. Variete
Frühlingstakt

TRAUM LAND
SCHONHOLZ
STRASSEN 57-59-119

Filmstars
geben
Autogramme
am Donnerstag

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Todesanzeige
Den Mitgliedern zur Nachricht, das
unser Kollege, der Arbeiter
Richard Ludwig
geb. 18. Dezember 1877, am 3. August
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 3. August, 15 1/2 Uhr,
im Krematorium Gerichtstraße statt.
Nege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf
Am 29. Juli fand unser Kollege
der Mechaniker
Willi Groß
geb. 25. Dezember 1911.
Am 2. August ist unser Kollege,
der Schlosser
Oskar Hertel
geb. 22. Februar 1884, verstorben.
Ferner fand am 3. August unser
Kollege, der Sattler
Hubert Heidemann
geb. 19. März 1868
Die Belegungen haben bereits statt-
gefunden.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Am 5. August verstarb nach kurzem, aber
schwerem Krankenlager meine innigst geliebte Frau
und unsere Schwiegermutter
Frau Bertha Röscher
geb. Haack
im Alter von 63 Jahren.
Um stillen Beileid bitten
Wilhelm Röscher
Willy Röscher
Emmi Röscher, geb. Maeske
Erna Liepke, geb. Röscher
Wilhelm Liepke.
Berlin, den 6. August 1932.
Einäschung am Mittwoch, dem 10. August,
13 1/4 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße.

Danksagung
Für die innige Teilnahme und
schmerzlichen Blumenpenden bei der
Einäschung unseres einzigen lieben
Sohnes
Arthur
lagen wir hiermit allen Verwandten,
Freunden und Bekannten sowie allen
Organisations- und sonstigen Be-
teiligten herzlichsten Dank aus.
Berlin, den 9. August 1932
Rheinbagger Str. 57.
Max Zygalsky und Frau

Blumenspenden
Jeder Art
beliebig preiswert
Paul Golletz
m. a. H. Robert Meyer
Mariannenstr. 6
F. & Oberbaum 1908

Pumpen
Sichtschublen
- Röhren -
Filter, sämtliche
Ersatzteile, Ersatz-
teile gratis!

Koblank & Co.
Pumpenfabrik, Berlin N 65
Reichenberger Straße 55.

Rennen zu Karlshorst
Heute nachm. 3 1/2 Uhr
Tepper-Laski-Jagdrennen

Die Bekämpfung der Mücke meines
lieben Mannes
Hermann Buhles
findet am 11. August, nachm. 3 Uhr,
Sonderzug, statt

Gewinnauszug
5. Klasse 39. Preussisch-Sächsischer Staats-Lotterie.
Ohne Gewähr Nachdruck verboten

1. Siebungstog 8. August 1932
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

2. Gewinne zu 10000 M. 370052
10 Gewinne zu 5000 M. 39831 139882 201147 285191 381113
20 Gewinne zu 3000 M. 20793 46645 50008 87790 114091 183271
208718 258275 360163 368465

50 Gewinne zu 2000 M. 402 19056 22200 30206 57307 63765 81927
109881 123105 183763 165527 167334 178081 207056 212171 267865
272010 289171 316508 321529 331625 354348 358134 360684 368182

114 Gewinne zu 1000 M. 1190 4423 25843 27916 38261 36289 36824
39851 44985 50931 64478 68181 70017 78626 84190 86182 89972
92641 85587 100327 104775 106302 112497 133311 141427 158945
159319 187024 210576 220480 257133 265337 268318 269076 269003
290925 291893 295111 308322 309254 321081 325216 330820 345103
348207 348366 359737 361310 373014 378029 376183 388344 388591
394007 394470 394796 395863

172 Gewinne zu 500 M. 491 4508 9959 9989 13573 21470 21968
26986 28072 33210 33297 33763 50062 50432 52488 79476 79467
84818 85095 91675 95548 102579 118966 117779 119216 125047
131419 133689 138318 138994 148803 177845 178341 178645 181245
187794 194703 198534 205722 208172 209460 209352 210469 214792
220396 225228 226004 232402 239269 245183 246796 250453 250709
255336 258671 265937 267826 267875 271770 275214 276878 265391
287218 288036 302344 311111 318700 322371 325341 329474 330726
339076 340093 350144 351584 351617 358324 358560 359626 360396
368351 369885 370422 378178 386045 390048

On der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 400 M.
gezogen

2. Gewinne zu 25000 M. 58051
2. Gewinne zu 10000 M. 347681
14 Gewinne zu 5000 M. 7085 46650 58143 104213 190224 210714
335981

18 Gewinne zu 3000 M. 8036 3125 24064 30457 37454 94546
119890 140837 186726

56 Gewinne zu 2000 M. 8168 17041 34636 40162 61934 90876
103458 112090 114346 121277 122430 131707 155968 165427 196715
222841 226335 243841 250269 263820 265183 272412 326301 337061
381177 396469 398672 399460

114 Gewinne zu 1000 M. 4646 5792 5822 9243 9247 14702 27182
29376 47237 53948 54204 64377 72759 82862 86510 104499 107757
118932 120397 121534 124419 126818 132020 139735 139907 140487
148026 148232 158002 166537 167098 168349 169416 170749 171369
178156 178990 179662 180144 182536 189373 195415 197622 216811
217441 227531 237637 241131 241250 241862 244543 244416 245331
247578 254400 257639 258404 261504 263285 265642 270063 277156
278643 281620 289602 297153 303693 310151 324908 328076 336536
339632 341945 347194 348188 353006 354471 354603 358950 390281
394456

Nur noch bis Montag, den 15. August 1932
können Sie zeichnen

4 1/2 %ige Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe 1931

Die Anleihebeträge sind befreit von:
der Vermögenssteuer
den Aufbringungsumlage
der Erbschaftsteuer
der Schenkungsteuer
der Gewerbesteuer

Die Zinsen der Anleihe sind befreit von:
der Einkommensteuer nebst Zuschlägen
der Körperschaftsteuer
der Kirchensteuer
der Gewerbesteuer
der Kirchensteuer
der Bürgersteuer
dazu auch von der Wertpapiersteuer

Aus der 4 1/2 %igen Nominalverzinsung werden
9 Prozent und mehr Effektivverzinsung

Die Zeichnung wird am 15. August 1932
endgültig geschlossen.

Darum nutzen Sie noch diese vorteilhafte
Gelegenheit und zeichnen unverzüglich die
Steuerfreie Reichsbahn-Anleihe

Verkäufe

Tapeten
Balkat. Rollläden
Roca 9.

Möbel

Baueisenpreise
bei Möbel-Schreiner,
Rathenowerstr. 45-49,
Dort kaufen Sie
zu billigen Preisen
Schlafzimmer, Eiche
275,-, polierte
290,-, Mahagoni,
Büche 483,-, Speise-
zimmer, 200,-, Aus-
sicht, Stuhlbaum
143,-, Herrenzim-
mer, Bibliothek 200,-
275,-, Stuhlbaum
Bücherei 145,-,
Schreibtisch, etc.,
ein Sofa mit ent-
scheidend Rücken
45,- bis 125,-, 20
Antikschreine aus
alten Eichen,
wobei Gelegenheits-
käufe in Schlaf-
zimmer und Speisezim-
mer.

Leuchten
Kleinfest, Vieg-
felle, Kleinfest,
Schreibtischleuchte,
einem billig, Markt
Girandola, Offen,
Andreasstr. 30.

Wasserschlösser
"Reinigungs" We-
schelbetten, Aufleg-
matratzen, Walter
Stargarderstr. 66,
auf dem Rein Zehen

Schlafzimmer
200-300, Eichen-
garnituren 20-75,
Kamerling, Ratha-
usenstr. 56 (Ecke
Reichenbergerstr.).

Radio

Kabel,
alle Marken, bil-
lige Preise, ge-
mühenhafte Reha-
nuna 10 Monats-
raten, Eichen,
Reichenbergerstr. 66,
Rein Zehen, Tele-
phon: Dammowig
0433.

Fahrräder

Ballenräder
34,-, 42,-, 45,-,
55,-, beschwerte
65,- Werner,
Halberstr. 9, Rott-
buser Lot.

Gebrauchte
Vollaufreier 15,-,
25,-, Werner,
Halberstr. 9,
Rottbuser Lot.

**Garten, Laube
und Balkon**

Wandbrennstoffe,
nicht nur Kocher,
Werte ab 10,-,
einfarbig ab 48,-,
buntfarbig unüber-
traffen billig,
Arbeitsloose 5,-
Rohmann, Reih-
buserstr. 6 u. 11.

Wasserschlösser
Doppelreiter 1,17,
bunten Kupfen 0,50,
Polke u. Gabe-
dampf, Reichenber-
gerstr. 114, Danno-
wig 3706.

Kaufgesuche

Rabattbills,
Blattabfälle
Quecksilber Appa-
raturen, Silber-
schmelze, Silber-
schmelze, Christian,
Reichenbergerstr. 29,
Reichenbergerstr. 29,
Reichenbergerstr. 29.

**Ver-
mietungen**

Wohnungen

Oben
Einzimmerwohnung
mit
Küche
Reichenbergerstr. 66,
Reichenbergerstr. 66,
Reichenbergerstr. 66,
Reichenbergerstr. 66.

Hochzeitsgesellschaft verunglückt.

Sechs Schwerverletzte, darunter fünf Frauen.

In Friedrichsfelde auf der nach Alt-Biesdorf führenden Chaussee trug sich gestern nachmittag ein folgenschweres Autounglück zu. Ein mit sieben Personen besetztes Lastauto, das eine Hochzeitsgesellschaft beförderte, stürzte, als es einem Radfahrer ausweichen mußte, um. Alle Insassen, hauptsächlich Frauen, mit Ausnahme eines kleinen Kindes, das völlig unverletzt blieb, erlitten schwere Verletzungen. Die Verunglückten wurden durch einen zufällig des Weges kommenden Rettungswagen des Rettungsamtes der Stadt Berlin in das Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus gebracht.

Der verunglückte Lastwagen gehört einem Weißenfeer Unternehmer, der mehrere Hochzeitsgäste nach Biesdorf bringen sollte. In Alt-Friedrichsfelde, vor dem Grundstück Nr. 11, geriet plötzlich ein Radfahrer in die Fahrbahn des Autos. Um den Mann nicht zu überfahren, bog der Autoführer weit nach links aus. In diesem Augenblick kamen aus entgegengesetzter Richtung zwei andere Radfahrer heran. Abermals mußte der Führer des Lastwagens scharf die Richtung ändern. Er riß das Steuer nach rechts herum, um ein neues Unglück zu verhüten. Das wurde dem Lastauto aber selbst zum Verhängnis. Das Auto kippte über die Borderräder und schlug um. Sämtliche Insassen, fünf Frauen und ein Kind, wurden auf die Chaussee geschleudert. Bewohner und Autofahrer leisteten den Verunglückten die erste Hilfe und das Krankenauto des Rettungsamtes sorgte für den Abtransport der Verunglückten.

Im Lichtenberger Hubertus-Krankenhaus fanden Aufnahme: der

19 Jahre alte Paul Vicer aus der Sedanstraße 10 in Weißenfeer, die 44 Jahre alte Frau Franziska Kalista aus der Sedanstraße 10, die 52 Jahre alte Frau Alwine Neumann, gleichfalls aus der Sedanstraße 10, die 38jährige Frau Lotte Knobig aus der Sedanstraße 11, die 52jährige Frau Lina Berndt aus der Sedanstraße 125 und die 68 Jahre alte Frau Magdalena Achilles aus der Sedanstraße 122. Die Verletzten haben innere Verletzungen, Rippenbrüche und schwere Kopfverletzungen erlitten. Das umgestürzte Auto wurde von der Lichtenberger Feuerwehr wieder ausgerichtet und später abgeschleppt.

Wieder ein Dachdecker abgestürzt.

In den letzten Tagen ist das Klempner- und Dachdeckerergewerbe geradezu von einer Unglücksferie betroffen, und in mehreren Fällen sind Angehörige dieses Berufes Opfer ihres Handwerks geworden und tödlich abgestürzt. Auch gestern nachmittag gegen 1/2 2 Uhr ereignete sich auf dem Grundstück Beusselstraße 72 bis 73 wieder ein derartiger tödlicher Unfall. Bei Dacharbeiten auf einem Kuhstall auf dem genannten Grundstück stürzte der 55 Jahre alte Dachdecker Gustav Höhne von einer Höhe von etwa 5 Meter so unglücklich herunter, daß er mit zerquetschten Gliedern liegen blieb und nur noch der Tod festgestellt werden konnte. Die Leiche wurde beschlagnahmt und ins Leichenhaus gebracht.

Der 11. August.

Wie wir bereits mitteilten, hat es der Reichsinnenminister von Gajl abgelehnt, dem Berliner Reichsbanner die seit dem Bestehen des Reichsbanners alle Jahre übliche und selbstverständliche öffentliche große Versammlungsfeier zu genehmigen. Es ist deshalb Pflicht aller Berliner Republikaner, dafür zu sorgen, daß die nunmehr angeführten Saalfeiern zu einer gewaltigen Kundgebung für die freie deutsche soziale Republik werden. Es bedarf kaum eines Hinweises, daß am 11. August alle schwarzrotgoldenen Fahnen geslaggt werden müssen.

Die große Versammlungsfeier des Reichsbanners Charlottenburg findet am Donnerstag, dem 11. August, 19 Uhr, in den Geländeträumen des „Eden-Palastes“, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 24, statt. Programm: Orchesterkonzert, Fahneneinmarsch, Festansprachen der Herren Polizeimajor Walther Ende und Dr. Theodor Haubach.

Zur Versammlungsfeier im Reichstag, die Donnerstag, den 11. August, vormittags um 12 Uhr im Plenarsaal des Reichstages stattfindet, wird ein Hörbericht aus dem Reichstag gesendet. Die Festsprecher, die Professor Boehlich-Hefter am 11. August abends auf die Versammlungsfeier der Stadt Berlin in der Krolloper hält, wird von der Fünftunde auf Schallplatten aufgenommen und am selben Abend nach der Befehlsgabe der Tagesnachrichten gesendet.

Am Versammlungstage, dem 11. August, sind die städtischen Büros und Kassen geschlossen. Dienststellen, Betriebe und Anstalten, die den Dienstbetrieb aufrechterhalten müssen, beschränken ihn, soweit möglich, auf den Umfang des Sonntagsdienstes. Die Standesämter sind nur von 9 bis 10 Uhr zur Entgegennahme von Sterbefallanzeigen und zur Vornahme der bereits angelegten Eheschließungen geöffnet. Auch die Büros und Kassen der Berliner Städtische Gaswerke Akt.-Ges. und der Berliner Städtische Wasserwerke Akt.-Ges., bleiben am Versammlungstage für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen. Der Fernsprechsprechdienst bleibt aufrechterhalten.

Für die Gerichte und Staatsanwaltschaften am Versammlungstage gelten, wie in den vergangenen Jahren, die Vorschriften über den Sonntagsdienst. Die Gerichte und Staatsanwaltschaften sind also am Donnerstag, dem 11. August, für den allgemeinen Publikumsverkehr geschlossen. Es werden an diesem Tage, wie an Sonntagen, lediglich die besonders eilbedürftigen Angelegenheiten, insbesondere Haft- und Leichenfachen bearbeitet.

Fünf Schaufensterscheiben zertrümmert.

Die Täter unerkannt entkommen.

Gestern abend, kurz nach 9 Uhr, sind in der Filiale der Schuhfirma Leiser in Reußklo an der Ecke der Berg- und Prinz-Handjery-Straße fünf große Schaufensterscheiben eingeworfen worden. Ein Motorradfahrer, der einen Mitfahrer auf dem Soziusplatz hatte, war mit starkem Tempo vorübergefahren. Man vermutet in den beiden die Täter. Zum Einwerfen der Scheiben sind laute Pflastersteine benutzt worden. Ein alarmiertes Ueberfallkommando war sehr bald zur Stelle. Die Ermittlungen nach den Tätern blieben bisher ergebnislos.

Junger Paddler ertrunken.

Auf der Havel ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Bootsunglück, das ein Todesopfer forderte. Ein mit zwei jungen Leuten besetztes Paddelboot schlug bei dem starken Wellengang unweit Schildhorn voll Wasser. Das Boot kenterte, und die beiden Insassen, ein 23 Jahre alter Alfred Grimm und der 18 Jahre alte Paul Dorich, die an der Apostelkirche 1 wohnen, stürzten ins Wasser und kämpften verzweifelt mit den ziemlich hochgehenden Wellen. Grimm, dem es gelang, sich einige Zeit über Wasser zu halten, konnte von hinzueilenden Wassersportlern, die den Unfall aus einiger Entfernung beobachtet hatten, aus dem Wasser gezogen werden. Der 18jährige Dorich dagegen war inzwischen untergegangen. Alle Rettungsversuche blieben erfolglos. Bergungversuche mußten bei dem stürmischen Wetter schließlich abgebrochen werden.

Schweres Flugzeugunglück in Augsburg.

Augsburg, 8. August.

Am Montagnachmittag ereignete sich in Augsburg ein tödlich verlaufenes Flugzeugunglück. Der mit einem zweiflügeligen Sportflugzeug auf einem Probeflug aufgestiegene Flieger Kreuzkamp stürzte aus unbekannter Ursache ab und wurde getötet. Das Flugzeug wurde zertrümmert.

Die todbringende Haartrockenmaschine.

Friseur wegen fahrlässiger Tötung angeklagt und freigesprochen.

In einem Friseurgeschäft am Kaiserdamm gab es am 30. Mai vorigen Jahres unerwartet ein schweres Unglück. Der Besitzer des Geschäfts bediente in einer der Kabinen eine Kundin, als er plötzlich in der benachbarten Kabine ein lautes Poltern vernahm. Auf dem Boden, über die Kundin gestürzt, lag das Gesicht nach unten, lag die Friseurin und unter ihr die Haartrockenmaschine. Der Strom wurde sofort abgestellt, der Arzt geholt. Die Friseurin war tot — getötet durch den elektrischen Strom. Der Friseur hatte sich jetzt vor dem Schöffengericht Charlottenburg wegen fahrlässiger Tötung zu verantworten.

Dem Angeklagten wurde vorgeworfen, er habe bei der Ausübung seines Berufes nicht die erforderliche Sorgfalt walten lassen, die Güte der Haartrockenmaschine nicht genügend nachgeprüft und so den Tod seiner Angestellten schuldhaft verursacht.

Was war aber mit dem Apparat geschehen? Die Beweisaufnahme ergab, daß sich die Schutzhülle über dem Heizkörper des beweglichen Schlauches des Apparates gelöst hatte, so daß das Unglück durch die Berührung der Hand der Friseurin mit dem Heizkörper entstanden war. Der Angeklagte verteidigte sich mit der Angabe, daß er vor fünf Jahren von einer erstklassigen Firma eine Zentralhaartrockenanlage habe einbauen lassen, die bis jetzt immer einwandfrei funktioniert habe, so daß ihm der Unglücksfall nicht zum Vorwurf gemacht werden könne. Die technischen Sachverständigen waren der Ansicht, daß niemand für ein derartiges Unglück verantwortlich zu machen sei. Selbst eine tägliche Nachprüfung des Apparates hätte die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich plötzlich eine Schraube gelöst hätte. Allerdings sei die Konstruktion des Apparates bereits veraltet. Das neue Modell biete größere Sicherheit in Unglücksfällen. Der Gewerberat war allerdings der Ansicht, daß man eben diese Konstruktion durch die neue hätte ersetzen müssen. Worauf der Verteidiger mit Recht erwiderte, daß es ja

Aufgabe der Gewerbeinspektion sei, dafür zu sorgen, daß alle gefährliche Konstruktionen durch neue zuverlässige ersetzt werden.

Das Gericht sprach den Angeklagten entsprechend dem Antrage des Staatsanwalts von der Anklage der fahrlässigen Tötung frei. Er habe nichts dafür gekannt, daß der Apparat den Tod seiner Friseurin verursacht habe.

Immerhin, der Friseur mußte, wie lange er den Apparat hatte, Vertreter mit den neuesten Konstruktionen laufen tagaus tagein von Firma zu Firma, Fachzeitsungen kündigen die neuesten Apparate an und erläutern ihre Vorteile gegenüber den alten. Jeder Apparat

mußt sich einmal ab und kann auch durch Reparaturen nicht mehr voll gebrauchsfähig erhalten werden. Vielleicht hätte der Friseur doch größere Sorgfalt anwenden müssen, denn... ein blühendes Menschenleben ist ausgelöscht worden.

„Arm in Arm mit einem Herrn.“

Um eines Freundschaftsdienstes willen ins Gefängnis.

Was tut man nicht alles, um einem guten Freunde gefällig zu sein! Selbst auf eine eidesstattliche Versicherung kommt es einem nicht an. Man behauptet Tatsachen als wahr, von deren Unrichtigkeit man überzeugt ist und hat hinterher das Nachsehen.

Ein Ehemann liegt in Scheidung mit seiner Frau. Zwar ist er froh, sie loszuwerden, aber die Aussicht, Alimente zahlen zu müssen, verleiht dieser Freude einen bitteren Beigeschmack. Wenn man der Frau doch ehedemiges Verhalten nachweisen könnte! Wenn man die Sache so darstellen könnte, als ob sie selbst Arbeit und Einkommen hätte. Was tun, wenn weder das eine noch das andere zutrifft? In jeder Lebenslage muß es einen Ausweg geben und wozu sind schließlich gute Freunde da. Also bittet der Ehemann seinen Freund A., eine eidesstattliche Versicherung abzugeben des Inhaltes, daß die Frau längere Zeit hintereinander täglich mit der Aktentasche unter dem Arm ihre frühere Firma ausgesucht habe und dort stets mehrere Stunden verblieben sei; ferner, daß sie eines Tages gesehen worden sei, wie sie Arm in Arm mit einem Herrn in den Sportpalast gegangen sei, die Karten habe der Herr gelöst. Weder das eine noch das andere entsprach der Wahrheit. Die Folge war eine Anklage wegen falscher eidesstattlicher Versicherung.

„Weshalb haben Sie es getan?“ fragte der Richter. — „Der Mann hat mich so sehr darum, ich war mir nicht bewußt, etwas Strafbares zu begehen.“ — „Haben Sie dafür etwas bekommen?“ — „Nein, bloß einige Zigaretten und ein paar Glas Bier.“ — „Haben Sie die Frau überhaupt jemals gesehen?“ — „Ja, richtig gesehen eigentlich nicht. Der Ehemann hat mir einmal auf der Straße eine Frau gezeigt und gesagt: Das ist meine Frau.“

Der Mann bekam 2 Monate Gefängnis; Bewährungsfrist wurde ihm in Aussicht gestellt. Und was geschieht mit dem Ehemann, der die ganze üble Geschichte eingerührt und seinen Freund geradezu verführt hat?

Esperanto-Kongreß. In Paris fand der 24. internationale Esperanto-Kongreß statt. 35 Länder waren durch 1650 Delegierte vertreten.



Ein Name von Klang!

Ein Name, allen Rauchern wohlvertraut: JUNO!

Diese gute, seit 37 Jahren beliebte Josetti-Cigarette geht noch heute unbeirrt ihren alten Weg und bietet, gerade weil sie auf Zugaben, wie Wertmarken, Gutscheine oder Stickerien verzichtet, ihren Rauchern das Köstlichste:

Erlesene Tabake in vollem Format!



Funkausstellung und „Dela“.

September und Oktober in der Masurenallee.

Am Sonntag war der endgültig letzte Tag der schönen volkstümlichen Ausstellung: Sonne, Luft und Haus für alle. Sie wirkte auf den unbefangenen Beschauer am letzten Tage so frisch und ursprünglich wie am Tage der Eröffnung und besonders die vorwärtsstrebende Jugend bekam hier nicht nur wieder und wieder die Bestätigung ihres Wollens, sondern Anregungen mannigfacher Art. Man wird der Stadt Berlin dankbar sein und hoch anerkennen müssen, daß sie eine solche schöne, auf Gegenwart und Zukunft gleich stark hinweisende Ausstellung ermöglichte.

Nun ist man draußen an der Masurenallee eifrig am Werk, die jetzt beendete Ausstellung auszuräumen und die nächste, die Große Funkausstellung aufzubauen. Die Berliner Ausstellung aber, der sich bereits jetzt das europäische Interesse zuwendet, ist die Dela, Deutsche Luftsport-Ausstellung, die vom 1. bis 28. Oktober stattfinden wird und zu der bereits im Juni d. J. die erste informierende Besprechung war. Gewissermaßen ein früherer Auftakt für diese Ausstellung wird am 10. August die Einweihung der Ehrengedenkstätte für den Berliner Fliegerpionier Otto Lilienthal sein, die die Stadt Berlin im Gemeinshaus mit der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftschiffahrt in Lichterfelde-Ost errichtet hat; Oberbürgermeister Sahm wird hierbei die Weiherede halten. Die Arbeiten für die Dela sind bereits im vollen Gange. Auch der Sturmvoegel, Flugverband der Werkstätten, ist beteiligt. Wahrscheinlich wird dann auch der interessante Versuch mit dem Aufstieg einer Rongossifibre, der vor wenigen Tagen so großen Beifall fand, wiederholt werden. Die Hauptattraktion wird ein Sternflug für Sportflugzeuge aus allen Teilen Deutschlands nach Berlin sein. Berlin sieht also im Oktober großen Tagen entgegen.

Das Ausland meidet Berlin.

Juli 1931: 102 302 Fremde — 1932: nur noch 70 521 Fremde in Berlin.

Nach Mitteilung des Statistischen Amtes der Stadt Berlin wurden im Juli 1932 in Berliner Hotels, Gasthöfen, Fremdenheimen und sonstigen Beherbergungsjätten 70 521 Gasthausfremde polizeilich gemeldet gegenüber 78 089 im Vormonat und 102 302 im entsprechenden Monat des Jahres 1931. Es sind also im Juli 1932 31 781 Fremde weniger nach Berlin gekommen als im Juli des Jahres 1931. Im Tagesdurchschnitt belief sich die Zahl der Meldungen im Berichtsmontat auf 2275 (Juni 1932: 2436, Juli 1931: 3300). Die tägliche Abnahme des Berliner Gasthausfremdenverkehrs beträgt hiernach gegenüber dem Juli des Vorjahres 1025 oder 31,1 Proz. Von den 70 521 Gasthausfremden im Berichtsmontat waren 55 295 oder 78,4 Proz. deutscher und 15 226 oder 21,6 Proz. ausländischer Staatsangehörigkeit. Die Zahl der deutschen Hotelgäste ist gegenüber Juli 1931 um 661 oder 27 Proz. zurückgegangen. Beim Ausländerfremdenverkehr ergab sich im Tagesdurchschnitt gegenüber Juli 1931 eine Abnahme um 364 oder 42,6 Proz. Das sind geradezu katastrophale Zahlen, die eine sehr deutliche Sprache reden. Der Rückgang der deutschen Besucher könnte immerhin noch mit unserer Wirtschaftslage erklärt werden. Der furchtbare Rückgang der Auslandsbesucher um nahezu die Hälfte gegenüber dem Vorjahr findet seine Erklärung darin, daß die Ausländer es zweifellos vorziehen, einer Hauptstadt fernzubleiben, in der nicht nur die eigenen Staatsbürger von den Nationalisten niedergemacht, sondern leider wiederholt auch Ausländer überfallen worden sind. Nur wenn endlich überall Ruhe, Ordnung und Sicherheit einkehren, wird sich auch der Ausländerverkehr in der Reichshauptstadt wieder heben.

Ein neuer Affenfelsen im Zoo.

Obwohl auch der Berliner Zoo unter der Wirtschaftskrise leidet, konnte dieser Tage der Affenfelsen vollendet und in Benutzung genommen werden. Aus der Sächsischen Schweiz hat man Elbsandstein wagonweise hergeschafft und hier beim Bau des künstlichen Felsens verwendet, damit die Tiere möglichst natürlich abgesehenen können. Als die Tiere freigelassen wurden, kam ihnen zuerst die Freiheit etwas unsicher vor. Die kleinsten, bestimmt



Oskar Wöhrl

Jan Hus. Der letzte Tag

(Schluß)

Jizka ahnt, daß das kein leichtes Unterfangen sein wird. Wohl hat er heute für Hus das erste Blut vergossen. Aber gegen das, was noch kommen wird, war dieses blühende Blutfeuer ein Kinderpiel. Der Konstanzer Scheiterhaufen wird ganz andere Maße annehmen! Die gesamte im Baalsdienst versunkene Christenheit wird er mit seinem Feueratem versengen! Jizka muß das Auge schließen, so überwältigt ihn das Bild vom Brand der Welt. Doch er wird keine Sekunde zögern, dieses Gesicht zur Tat werden zu lassen. Die Welt ist krank, todkrank ist sie, krank an Herz und Nieren, mag sich ihre Sünde und ihre Krankheit im Feuer verzehren! Die Flamme der Vernichtung freisse alles rein, damit nach Gottes Willen aus der Asche steckenlos das Neue entstehe!

Jizka weiß jetzt, daß seine vielfältigen Fahrten in der Fremde doch keine Irrfahrten waren. Er hat sie tun müssen, um Meister der Kriegskunst zu werden. Denn sein Volk soll, das spürt er mit allen Fasern, ein Volk des Kampfes sein. Wer sich vornimmt, das Land neu zu pflügen, muß es auch verstehen, das Unkraut zu reuten und es samt Wurzel und Samen zu vernichten. Jizka weiß, wo die Kraft seines Volkes liegt: bei den Bauern. Sie ist zwar verschüttet, diese Kraft, aber er wird die Trümmer und Hindernisse hinwegräumen, damit sie wieder ungehindert aus der Tiefe quellen. Er wird sich eine Armee von Bauern bilden, Stoßtruppen armer Jans. Rein, keinen Koller, keinen Panzer werden diese Huskinder tragen; ihr Mut, ihre Begeisterung wird ihr Koller und Panzer sein! Nicht Schwert und Lanze werden sie führen, nein, nur jene Waffe, mit der sie herbsteins und winters auf ihren Tennen die Spreu vom Weizen jagen. Drehschlegel wird er ihnen in die Hand drücken. Die können sie aus jeder Scheuer mitnehmen, die brauchen sie nicht erst in den Gewässern zu kaufen oder in den Zeug-

Entartete Nazi-Jugend

SA-Mann erschießt den Freund — Die „noble“ Nazi-Hilfskasse

Vor der Strafkammer des Landgerichts III stand heute unter Anklage der fahrlässigen Tötung und des unbefugten Waffenbesitzes der 19jährige SA-Mann Paul Jost. Er hat in der Silvesternacht seinem Freunde, dem SA-Mann Rudolf Stelter, eine Kugel in den Bauch gejagt. Der Schwerverletzte starb nach 10 Tagen im Krankenhaus. Das Geheimnis über die Ursache seines Todes nahm er mit in das Grab. Die Polizei gab eine Notiz heraus, in der „von unbekanntem Täter“ gesprochen wurde. Die Rechtspreffe sprach von „Rotmord“. Der SA-Heid Jost hatte nach Abgabe des Schusses seinen Freund und Kameraden auf der Straße in der Blutlache hilflos liegen gelassen und war davongelaufen. Auch er hütete sorgsam das Geheimnis der Silvesternacht, bis es der Polizei nach wochenlangen Nachforschungen gelang, ihn als Täter zu überführen.

Vor Gericht schilderte dieser würdige SA-Mann die Tat in folgender Weise: Er hatte in der Silvesternacht mit seinem Freunde Stelter verschiedene Kneipen besucht. Nachts um 2 Uhr, auf dem Wege zum SA-Verkehrslokal, habe er aus der Tasche seinen Revolver gezogen, um ihn dem Freund zu zeigen. Im selben Augenblick sei der Schutz losgegangen, der Freund sei zu Boden gefallen, er selbst davongelaufen.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung und unbefugten Waffenbesitzes zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende aus, daß die hohe Strafe angesichts der Tatsache gerechtfertigt erscheine, daß durch derartiges Manipulieren mit Waffen, die zudem noch unbefugt getragen werden, die öffentliche Ordnung und Sicherheit im höchsten Maße gefährdet werden. Der Angeklagte wurde sofort in Haft genommen.

Der Tod des SA-Mannes Stelter wird aber noch ein Nachspiel vor dem Zivilgericht haben. Stelter war nämlich wie alle SA-Beute zwangsmäßig in der Hilfskasse der NSDAP versichert (SA-Versicherung). Er zahlte regelmäßig seine Beiträge, seine Verwandten beantragten deshalb die Auszahlung der ihnen laut Bestimmung zukommenden Versicherung in Höhe von 2000 Mark. Die Mutter des Getöteten wurde aber abgewiesen, wohl weil sie Kommunistin ist. Sie macht deshalb ihre Ansprüche auf dem Wege der Zivilklage geltend. Die NSDAP hält ihr in der Klage entgegen, daß die Hilfskasse keine Versicherung im Rechtssinne sei und aus der Beitragszahlung keine Rechtsansprüche abgeleitet werden können. Also zuerst läßt man die SA-Beute Beiträge zahlen, und dann verweigert man den Verwandten die Auszahlung der Versicherungssumme. Auch ein Beitrag zur Moral des Dritten Reichs.

SA schießt auf eigene Kameraden.

Von einem Augenzeugen wird uns folgendes mitgeteilt: SA-Brute hatten in ihrem Parteilokal, Oberhöhenstraße, Lindenstraße, am Sonntagabend eine Diskussion veranstaltet. Pöblich wurde — es war gegen 10 Uhr — die Tür des Lokals aufgerissen und zwei SA-Beute stürzten auf die Straße. Es kam dann zu einem Handgemenge. Die beiden SA-Beute rissen sich von ihren Leuten los und schrien: „So etwas nennt sich S. A.“, sprangen dann in einen dort haltenden Privatwagen und gaben aus diesem Wagen vier bis fünf Schüsse auf das Lokal ab, die aber niemanden verletzten. Feine Hüter der Ordnung, die sich gegenseitig mit dem Revolver bekämpften!

Achtung! Abteilung- und Zahlabendleiter! In allen Zahlabenden ist Mitgliedsbuchkontrolle vorzunehmen

die neugierigsten der ganzen Menschengattung, wagten sich zuerst ins Freie, sie wären freilich sofort wieder umgekehrt, wenn die nachdrängenden Großen sie nicht daran gehindert hätten. Für alle aber wurde der Affenfelsen erst zum wohligen Heim, als es auf ihm Futter gab. Denn ein Affe kann auch die Freiheit ohne Fressen nicht ertragen.

Professor Piccard startbereit.

Bessere Ausrüstung als bei dem ersten Aufstieg.

Professor Piccard ist in Zürich nunmehr zu seinem Stratosphärenflug startbereit. Der Aufstieg kann aber wegen der ungünstigen Wetterlage nicht vor Donnerstag früh erfolgen.

Der kühne Forscher wird auf seine diesjährige Stratosphärenreise einen Sender von 50 Watt mitnehmen. Der Sender, der von Zeit zu Zeit kurze Standortangaben geben wird, arbeitet auf dem Wellenband von 7 Kilohertz. Prof. Piccard beginnt und schließt seinen Anruf mit dem Rufzeichen „B. O.“. Funkprüche von der Erde aus werden kaum beantwortet werden können. Für den Aufenthalt in der Stratosphäre sind 2 bis 3 Stunden in Aussicht genommen. Die Ventilleine, die beim ersten Stratosphärenflug Piccards beinahe verhängnisvoll geworden wäre, ist diesmal durch eine aus Edelfederstahl ummittelbar in die Gondel eingeführt. Um auch gegen die Gefahren einer Landung auf unzugänglichem Gletschergelände gesichert zu sein, nehmen Prof. Piccard und sein Begleiter, der Physiker Cosyns, Proviant für mehrere Tage und eine Bergausrüstung mit an Bord. Die Teilnehmer der mit Hilfe von zwei Flugzeugen und mehreren Automobilen eingerichteten „Reisebegleitung“ hoffen im übrigen, den Stratosphärenballon möglichst bis zu seiner Landung verfolgen zu können.

Spinale Kinderlähmung in Schlesien.

Bisher sieben Fälle im Kreis Waldenburg.

Waldenburg i. Schl., 8. August. Nachdem in Niederzaisbrunn in den letzten Tagen vier Fälle von spinaler Kinderlähmung festgestellt worden waren, sind jetzt auch in Weißstein zwei Kinder und in Adelsbach eins an spinaler Kinderlähmung erkrankt. Die Weißsteiner Schulen sind auf 14 Tage geschlossen worden.

Bergzweifelhafte Jugend.

Mit 21 Jahren lebensüberdrüssig.

In der Heide von Wendisch-Riez bei Beestow-Storkow wurde von Spaziergängern ein junger Mann lebend und in gänzlich hilflosem Zustande aufgefunden. Er hatte versucht, sich die Pulsadern zu öffnen und außerdem Gift zu sich genommen. Man brachte ihn sofort zur nächsten Landjägerstation und rief einen Arzt herbei. In Glienitz wurde er ins Krankenhaus gebracht. Es handelt sich um einen 21 Jahre alten Fritz Wild aus der Talstraße 17 in Friedrichsfelde. Fritz W. war, nach seinen Angaben, lebensüberdrüssig und hatte versucht, sich das Leben zu nehmen.

51 838 deutsche Branntweimbrennereien.

Deutschland hat insgesamt 51 838 Branntweimbrennereien; davon sind allerdings 46 108 Kleinbrennereien, deren Erzeugung überwiegend zwischen 5 und 300 Liter liegt. Von diesen 46 108 Kleinbrennerereien sind wiederum 45 010 Abfindungsbrennerereien, also Kleinbetriebe, deren Erzeugnisse nicht unmittelbar nach ihrer Menge geprüft und versteuert werden, sondern die nach einer geschätzten Verkaufsmenge Steuern zahlen. Von den 5730 größeren Brennerereien haben im Betriebsjahre 1929/30 1100 stillgestanden, von den Kleinbrennerereien 12 552.

Die Kaiserallee wird vom 8. August bis zum 17. September 1932 für alle Fahrzeuge (außer Straßenbahn und Omnibus) vom Kaiserplatz bis zur Bughäuserstraße in beiden Fahrtrichtungen gesperrt.

häusern zu stehlen. Hei, wie wird der Bauernflegel die Feinde und Widersacher dreschen! Gedogene Eisen wird er machen lassen, Haken an Stangen, zwei drei Schuh länger als Herrenlängen, um damit die Ritter an den Füßen aus den Bügeln und von den Pferden zu reißen. Sind die gepanzerten Rösche erst einmal am Boden, dann ist die Arbeit leicht. Achtundzwanzigmal in der Minute wird der Flegel laufen! Achtundzwanzigmal Dresch! Dresch! in jeglich Sekunden! „Drauf im Namen unseres Jan Hus!“ wird das Feldgeschrei sein. Sünder, vertriebt euch! Es kommt Gottes gewaltiger Haufen!

Jizka glüht im Gedanken an diese Zukunftsstunde. Wehe Rom und den Römlingen! Wehe den Bullenschmähern! Wehe den feisten Tagdieben und Pfaffen! Ihre Kirchen und Klöster sollen ihnen als Scheiterhaufen über den eingeschlagenen Schädeln flammen! Diese Scheiterhaufen sind nur der Konstanzer Scheiter Widereheim! Ja, Jan Hus soll gerächt werden fürchterlich!

Da, aus der Zone des Rebels stößt schnaubend sein Pferd vor und hebt wiehern den Kopf, als es die blanke Schüssel des Sees sieht. Jizka gibt ihm die Zügel frei, und nun streckt es den Hals, wirft die Leisten auf und trinkt in langen durstigen Zügen. Auch das Saumpferd drängt vor nach dem köstlichen Raß. Jizka läßt die Kreatur saufen, bis sie nicht mehr kann. Aber als er weiterreiten will, weigert sich der Rappe. Jizka versucht, ihm den Sporn zu geben. Doch im gleichen Augenblick geht der Gaul vorn hoch, so daß Jizka in den schärfsten Schenkeldruck muß, um nicht abgeschleudert zu werden. Beruhigend klopfert er nachher dem ängstlich blafenden Tier auf den Hals und beugt sich vor, um nach dem Hindernis zu sehen.

Oha, da liegt ja ein dunkles Bündel im Weg! Jizka steigt ab. Er findet einen vor Erschöpfung zusammengeklungenen Menschen. Dessen Gewand trieft vor Nässe, als sei er eben erst aus dem See gestiegen. Jizka stößt den Menschen mit dem Fuß an. Er rührt sich nicht. Da beugte er sich zu ihm nieder und rüttelt ihn derb an den Schultern: „Heda! Aufgewacht!“ schreit er dem Manne ins Ohr. „Hier der Weg ist eine schlechte Beifahrt!“ Langsam kommt Leben in das geschüttelte Bündel. Ein rothaariger Kopf hebt sich aus riesigen Schultern, zwei Augen stieren den Ritter wie etwas Unbegreifliches an, eine Faust streckt sich gegen den Rand des Horizonts, wo ein

paar Türme wie silberne Borsten leuchten, und eine heifere Stimme flucht: „Möge die ganze Bande verrecken!“

„Wenn du die Konstanzer meinst, halte ich mit!“ sagt der Ritter. „Aber höre mich an, nasser Mann! Es hat keinen Zweck, eine bloße Drohschau zu machen! Die Kinder der Welt haben vor deinen fünf Fingern erst dann Respekt, wenn etwas zum Zuhauen darin ist! Ein gutes Schwert beispielsweise!“

„Hast du mir eines?“ fragt, aufstehend und die Klammern Glieder stredend, der Riesenschlag von Hilfschreiber.

„Jehn für eins!“ sagt Jizka. „Wenn du dich am Menschenpack rächen willst, komm mit! Da, sitz auf, ich hab noch ein lediges Pferd bei mir!“

Binz läßt sich nicht zweimal heißen. Dieser Nachtritt kommt ihm vor wie ein Traum. Es ist ihm alles wirt und wunderbar. Denn nach dem Urteil des über das Blut ererkennenden Konstanzer Kleinen Rates müßte er als heimlich fingerichteter längst im Untersee zwischen Kalen und Krehern schweben. Er hört an seiner Seite die beiden Juden jammern und schreien, und in den Ohren dumpf noch ein merkwürdiges Gurgeln und Sausen. Wie ist er nur dem verfluchten Steinsack entronnen? Doch jetzt ist nicht die richtige Luftwärme zum Grübeln und Denken. Der Mond aus seinem silbernen Rüssel tröpfelt Rüsse um Rüsse. Mit klappernden Zähnen tragt der Gerettete hinter Herrn Jizka her.

Der ist ob des unvermuteten Bundesgenossen auf einmal fröhlich geworden. Wie Wein wogts ihm durchs Blut. Er vergißt sogar den Schmerz in der Stirne.

Ein Lied tritt ihm auf die Lippen. Hier, an der Menschenbacher Linde, wo der Weg abbiegt nach dem Mindelsee hinüber, hat er's gestern bei seinem Eintritt nach Konstanze gehört. Ein Fahrender stand dort im Kreis und sang seinen Zuhörern mit heller Stimme das Lob einer alten Rittertat, mit Lautenschlägen begleitet.

Jizka hat noch den Stoß des Rhythmus und das Gefälle der Worte im Ohr. Eins muß er diesen Deutschen lassen: Sie sind Meister des einprägenden Worts. Unvergessbar bleibt ihm die Wucht der letzten paar Zeilen:

Besitz stirbt. Sippen sterben.
Du selbst stirbst wie sie.
Eines nur, das ewig lebt:
Des Toten Latenruhm.

Verelendung statt Agrarpolitik.

Verteuerung ohne Ende für die Nahrung der Ärmsten.

Für die Sinnlosigkeit und Schädlichkeit der von der Regierung der Barone verfolgten Agrarpolitik haben die letzten Tage einen zwingenden Beweis gebracht. Anfang dieses Jahres hat man durch eine starke Erhöhung der Butterzölle die Buttereinfuhr nach Deutschland stark eingeschränkt. Das geschah in der Hoffnung, die inländischen Butterpreise zu heben und durch den verstärkten Absatz deutscher Butter die Lage der Landwirtschaft zu verbessern. Am Sonnabend mußten nun an der Berliner Butterbörse die Notierungen mit einem Schlag um 5 Mt. pro Zentner gesenkt werden. Das Ergebnis ist, daß die erste Butterqualität jetzt nur noch 103 Mt. kostet, so daß der Butterpreis fast wieder jenen Stand erreicht hat, der vorlag, als man Anfang dieses Jahres die Butterzollerhöhung vornahm! Die Sozialdemokratie hat damals gesagt, daß es so kommen muß! Die Entwicklung war absolut vorherzusehen für jeden, der guten Willens war. Es war ganz klar, daß die riesenhafte seitdem eingetretene Schrumpfung der Kaufkraft den Butterverbrauch verringern und damit das Angebot steigern mußte, so daß von einer Wirkung der Butterzölle keine Rede sein konnte.

Man kann einer Regierung Dummheiten verzeihen, wenn sie die Absicht hat, sich zu bessern. Aber davon ist in Deutschland keine Rede.

Das Fiasko, vor dem die Butterzölpolitik jetzt steht, soll augenscheinlich schon in den allernächsten Tagen noch größer gemacht werden. Die Verelendung ist so groß, daß man angesichts der Hoffnungen, die man der Landwirtschaft vorgaukelt, an dem Elend vorbeistehen will, das die geplanten Maßnahmen in der Lebenshaltung der breiten Massen hervorrufen muß.

Der Butterzoll soll nicht, wie man zunächst annahm, von der jetzt bestehenden Durchschnittsbelastung von 60 Mt. je Doppelzentner auf 75 Mt., sondern auf 100 Mt. je Doppelzentner erhöht werden. Es wird also, obwohl in diesen Tagen das klare Fiasko der Butterzollerhöhung vom Anfang dieses Jahres erkennbar geworden ist, daselbe Experiment einfach noch einmal wiederholt. Das geschieht, obwohl man die unausbleiblichen Konsequenzen jetzt schon kennt: zuerst eine Verteuerung, daraufhin ein Absatzrückgang, mit der Verärgerung der butterimportierenden Länder, neue Exportzölle und neue Arbeitslosigkeit, damit weiter sinkende Kaufkraft im Inland, damit neue Verstärkung des Butterangebots im Inland und schließlich nicht eine Verbesserung, sondern eine Verschlechterung der Lage für die Landwirtschaft.

Ein bißchen freilich hat man aus dem mißglückten Butterzöll-Experiment gelernt. Aber

die gewonnenen Lehren werden nach der verkehrten Seite angewendet.

Weil die Regierung auch nach der neuen Butterzollerhöhung geringere Butterverkäufe erwartet, will sie durch eine Gewaltmaßnahme den inländischen Butterverkauf erhöhen. Und dem dient der tolle, direkt gegen die letzte Nahrungsbasis der Massen gerichtete Gedanke, durch eine Margarinesteuer den Verkauf von Margarine zu verringern und den Anreiz zum Butterkauf zu erhöhen.

Alle einigermaßen redlich Denkenden sind sich über die sittliche Verwerflichkeit des Planes einer Margarineverteuerung in solcher Notzeit wie jetzt abfolgt klar. Aber man muß auch die Gedankenlosigkeit bestaunen, mit der ein solches Projekt, das ebenfalls in den nächsten Tagen zur Durchführung kommen soll, überhaupt nur ins Auge gefaßt werden kann. Jetzt können sich

die Arbeitslosen keine Butter kaufen, weil sie sich bestenfalls die billige Margarine aufs Brot streichen, die 25 bis 35 Pf. das Pfund kostet. Durch die Margarinesteuer sollen die Margarinepreise verdoppelt werden. Glaubt ein Mensch, daß der Arbeitslose statt Margarine jetzt Butter essen wird, die durch den Butterzoll auch noch verteuert wird? Das Ergebnis wird sein, daß der Arbeitslose auch am Sonntag das Stückchen Butter nicht mehr essen wird, das er vielleicht noch kaufte, und daß er einfach nur noch weniger Margarine auf seinem Brot und im Topf haben wird. Genau so ist es mit dem, der noch in Arbeit steht.

Bei den jetzigen so stark gesenkten Löhnen und Gehältern gibt es keinen Arbeitseinkommensempfänger mehr, der nur Butter isst.

Die Margarine ist längstens die Hauptquelle, aus der der Fettbedarf in der Familie gedeckt wird. Kommt eine Margarineverteuerung, so kommt auch hier bestenfalls, da der Butterpreis selbst ja noch viel höher bleibt, nur der völlige Verzicht der Hausfrau auf die Butter. Also auch Margarinesteuer heißt nicht, wie man es den Landwirten vormacht, Steigerung, sondern weitere Senkung des Butterabzuges, weil die weitere Verelendung der Massen unvermeidlich ist, und heißt nicht Verbesserung der Lage der Landwirtschaft, sondern weitere Verschlechterung!

Und es gibt hier auch gar kein Ausweichen auf ein anderes Gebiet. Wenn die Hausfrau daran denkt, sie könne auf Schmalz zurückgreifen oder auf Speck, so sind auch hier wieder Schranken gesetzt, denn es ist ja dieselbe Regierung, die vor 14 Tagen erst durch die Ründigung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages die niedrigeren Zwischenzölle für Speck und Schmalz durch höhere ersetzt hat. Und auch hier hat man den Unfug erlebt, daß dem Landwirt damit gar nicht geholfen werden kann; denn alle Ründigen sind sich reiflos darüber einig, daß die Preise für Schmalz und für Speck mit Zöllen kaum auf Dauer beeinflussbar sind, weil sie nur von den Schweinepreisen, diese aber von dem Umfang der Aufzucht und der Kaufkraft der Verbraucher abhängig sind.

Es ist nicht mehr nötig, gegenüber einer solchen „Politik“ noch eine Satire zu schreiben. Diese Politik ist selbst eine Satire, und eine Satire allervergänglichster Art.

Man macht den Landwirten vor, daß durch die getroffenen Maßnahmen etwas erreicht werden könnte. Dabei verzeindet man einzig und allein das Volk, dessen letzte Kaufkraft man zerstört und dessen Arbeits- und Unterstüzungseinkommen nur immer unzulänglicher gemacht wird, um die von der deutschen Landwirtschaft erzeugten Produkte kaufen zu können. Aber dieser Tragödie fehlt auch der i-Punkt auf dem i nicht. Neben der Margarine und der Butter entscheiden im Haushalt der Massen der Hering und der Zucker. Der Hering soll auch um 1/4 bis 2 Pf. durch eine Verteuerung des Jolles verteuert werden, wahrscheinlich in der Hoffnung, daß, wenn der Arbeitslose den Hering nicht mehr kaufen könne, er dann beim Wegger Schweinefleisch kaufen wird! In Deutschland bestehen ungeheure Zuckerreserven. Wie es die Sozialdemokratie gefordert hat, hätten längst die Zuckerpreise gesenkt werden müssen, um auch zugunsten der Landwirtschaft den Zuckerverbrauch zu steigern. Aber auch davon ist keine Rede.

Ist eine solche Agrarpolitik, die für die Arbeiter und für die Bauern auf Dauer nur Elendspolitik sein kann, überhaupt noch der Ausdruck ehrlicher Ueberzeugung und ehrlichen Willens? Wir glauben es nicht.

Zusgangspunkt für eine starke Konjunktur in Deutschland. So viel wird man freilich von den irischen und belgischen Vorgängen jetzt nicht erwarten dürfen.

Dreiste Hausbesitzer.

Sie sabotieren den Rest an Arbeitsbeschaffung.

Die deutschen Hausbesitzer sabotieren zunächst auch noch den kleinen Bruchteil von notwendiger Arbeitsbeschaffung, der nach den Vorarbeiten der Brüning-Regierung durch die Papen-Regierung bei Hausreparaturen ermöglicht worden ist. Für Hausreparaturen und Teilung von Großwohnungen war mit Bürgschaft des Reiches ein Kredit von 100 Millionen Mark vorgesehen, der zugunsten der Hausbesitzer von der Reichsbank als Wechselkredit locker gemacht, später aber von den Hausbesitzern getilgt werden sollte. Die vorgelebene niedrige Verzinsung von 4 Proz. hat den Hausbesitzern als Geschenk aber noch nicht genügt.

Der am Sonntag in Hamburg abgehaltene Verbandstag der Deutschen Hausbesitzerorganisation hat das Arbeitsbeschaffungsprojekt der Reichsregierung trotz des bedeutenden Zinsgeschenktes, das den Reichsset mit 5 Millionen Mark belastet, als ungenügend abgelehnt. Die Hausbesitzer behaupten, daß sie für eine Rückzahlung der Wechsel keine Gewähr übernehmen können. Sie verlangen, daß man die auf dem Hausbesitz insgesamt liegenden Steuern um so viel ermäßigen soll, daß aus der Differenz die volle Summe der für die Reparaturen erforderlichen Kredite getilgt werden kann. Es wird also nicht nur völlige Zinslosigkeit, sondern darüber hinaus noch eine Steuer-subsidiention in der Höhe sämtlicher Reparaturkosten verlangt. Die Arbeitsbeschaffung, die der Hausbesitz will, — die Handwerkerorganisationen haben sich dem angeschlossen — soll also voll auf Kosten des Reiches in Form einer Subvention durchgeführt werden mit dem schließlichen Ergebnis, daß der Steuerzahler, der für den zugunsten der Hausbesitzer eintretenden Steuerausfall aufkommen muß, die ganze Zechen zahlen soll. Die Rente, die sich aus der Erhöhung der Häuflerwerte infolge der Reparaturen ergibt, wollen die Hausbesitzer natürlich allein und ungeschmälert einstecken.

Ob die Papen-Regierung jetzt bemerken wird, daß sie wirklich über den Parteien steht, wie sie behauptet? Dann darf sie die Wünsche der Hausbesitzer erst gar nicht in Diskussion stellen lassen.

Der Kaufkraftmord.

Die Warenhausumfänge im Juni und im ersten Halbjahr 1932 sind eindrucksvolle Zeugen der in Deutschland von der Regierung der Barone zuletzt noch besonders geförderten Kaufkraftkatastrophe. Wenn die Umsätze der Waren- und Kaufhäuser mit 15 Proz. Minus gegenüber dem Stand vom Juni vorigen Jahres vergleichsweise etwas höher waren als im Mai, so nur deshalb, weil das Vorjahr vom Mai zum Juni einen besonders scharfen Abstieg des Absatzes gebracht hatte. Im ganzen ersten Halbjahr lagen aber die Warenhausumfänge um volle 20 Proz. unter denen der entsprechenden Zeit des Vorjahres und gegenüber 1930 so gar um 28 Proz. Dabei haben die großen von den Warenhäusern gemachten Anstrengungen wahrscheinlich einen größeren Teil der Gesamtumsätze in Anspruch genommen als früher. Besonders bemerkenswert aber ist es, daß die mit Vorliebe stärker ausgebauten Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser ständig sinkende Umsätze melden, ein deutlicher Beweis, daß auch bei der am wenigsten elastischen Lebenshaltung und Lebensmittellieferung der Warenhäuser immer empfindlichere Einschränkungen erfolgt sind.

Günstige Ernteausichten.

Die preussische Schätzung von Anfang August.

Auch nach der zweiten Ernteschätzung des Preussischen Statistischen Landesamts ist bei allen Getreidearten mit einem besseren Ergebnis als im Vorjahre zu rechnen. Wenn auch Anfang August noch der größte Teil der Ernte auf dem Felde stand, so konnten die landwirtschaftlichen Sachverständigen doch schon ziemlich zuverlässige Schätzungen für ihren Bezirk melden. Denn die Wintergerste ist fast vollständig eingefahren und zum Teil gedrescht, der Roggen ist gemäht und zum Teil eingefahren, und mit der Ernte von Hafer und Winterweizen wurde gerade begonnen.

Bei Brotgetreide insgesamt wird mit einer Besserung gegenüber dem Vorjahre von fast 24 Prozent gerechnet; der Gesamttertrag wird sich im Jahre 1932 voraussichtlich auf 9,4 gegenüber 7,6 Mill. Tonnen im Vorjahre belaufen. Darunter wird die Ernte an Winterroggen wahrscheinlich von 4,9 auf 6,1 Mill. Tonnen, die Ernte an Winterweizen von 2,2 auf 2,8 Mill. Tonnen steigen.

Weniger stark wird die Steigerung des Erntergebnisses bei Futtergetreide sein. Bei Hafer rechnet man mit einer Besserung um 5 Proz., mit einer Erhöhung der Ernte von 4,3 auf 4,5 Mill. Tonnen. Die Ernte an Sommergerste wird um 7,5 Proz., von 1,3 auf 1,4 Mill. Tonnen steigen. Die stärkere Steigerung bei Wintergerste (23 Proz.) von 0,37 auf 0,45 Mill. Tonnen fällt mengenmäßig nicht sehr ins Gewicht.

Die Sanierung von Baer & Stein.

Die Baer u. Stein Metallwaren-Fabrik A. G. Berlin, ist eine der Tochtergesellschaften der Hirsch-Kupfer A. G. (die 90 Proz. des Kapitals besitzt), an der diese sehr viel Geld verloren hat. Die Sanierung von Baer u. Stein war nur dadurch möglich, daß Hirsch-Kupfer auf Forderungen in Höhe von 2,3 Mill. Mt. verzichtete. Auch die Hauptlast der Kapitalherabsetzung im Verhältnis 4 zu 1 von 2 auf 0,5 Mill. Mt. fällt auf Hirsch-Kupfer.

Die Baer u. Stein A. G. fabrizierte bisher Haushalts- und Hotelgeräte, deren Absatz stark von Wertschwankungen abhängig war. Sie hat sich jetzt auf die Produktion von technischen Bedarfsartikeln aus Metall umgestellt.

Das Geschäftsjahr 1931 schloß mit einem Verlust von fast einer Million Mark. Die Kapitalherabsetzung, der Schuldnachlaß von Hirsch-Kupfer und eine Entnahme aus dem Reservefonds (0,15 Mill. Mt.) ermöglichten starke Sonderabschreibungen. Auf Warenvorräte wurden 1,4 Mill. Mt. abgeschrieben, ebensoviel auf Anlagen; auf Debitoren entfällt eine Abschreibung von 0,2 Mill. Mt. Die Beteiligungen an der Altmann A. G. für Metallbearbeitung und an der Granieranstalt Boh u. Stange sind nur noch mit einer Mark bewertet.

Katastrophe der Zementwirtschaft.

Neuer Verlust bei Dyckerhoff-Widning. — Unbelehrbare Zementkartelle.

Die Verhältnisse in der deutschen Zementindustrie wackeln sich allmählich zur Katastrophe aus. Das ist nicht allein die Folge davon, daß der Zementabsatz, wie auf der Generalversammlung der Dyckerhoff-Widning A. G. gesagt wurde, im Jahre 1932 wahrscheinlich nicht höher als im Jahre 1899 sein wird, da vor allem der Auftragsbestand an öffentlichen Bauten von 2,7 Millionen Mark im Jahre 1929 auf 0,6 Millionen Mark im Jahre 1932 zurückgegangen ist. Diese Katastrophelage ist in erster Linie eine Folge der rigorosen Monopolpreispolitik der Zementkartelle, die in guten Jahren glaubten, den Verbrauchern das Fell über die Ohren ziehen zu können.

Die hohen Kartellpreise waren es, die einmal die kartellierten Unternehmen zu immer größeren Investitionen veranlaßten, die zum andern immer neuer Außensteiter entstehen ließen. Selbst in den besten Jahren war daher die Leistungsfähigkeit der deutschen Zementindustrie kaum mehr als zu 60 Proz. ausgenutzt, ein Umstand, der hohe Preise zur Notwendigkeit machte, weil bei so schlechter Ausnutzung der Anlagen die Kosten verhältnismäßig hoch waren. Da war es für einen Außensteiter leicht, die Preise der Kartelle zu unterbieten, wenn sein Werk zu 100 Proz. ausgenutzt war. Neben die deutschen Zementkartelle bestanden, dann werden sie noch gewaltige Abschreibungen (und wohl auch Stilllegungen einzelner Werke) vornehmen müssen, damit sie endlich bei voller Ausnutzung gerechte, niedrige Preise machen können.

Daß es so wie bisher nicht weitergehen kann, beweist am besten die Bilanz der Dyckerhoff-Widning A. G., des größten deutschen Zementkonzerns, für Ende 1931. Diese Gesellschaft wurde erst im Oktober 1931 zur Sanierung des Widning-Konzerns, bei dem die unsinnigste Expansionspolitik getrieben worden war, durch Fusion der Widning A. G. und der Dyckerhoff G. m. b. H. gegründet. Die Sanierung ist mißlungen; denn für 1931 wird bei 27 Millionen Mark Kapital schon wieder ein Verlust von 4,0 Millionen Mark ausgewiesen, der sich tatsächlich unter Berücksichtigung einer aufgezehrten Reserve auf 6,5 Millionen Mark stellt.

Das ist eine Folge der hohen Zinsenlast, die sich auf 3,1 Millionen Mark bei Gesamtschulden von 30,3 Millionen (darunter Bankschulden 26,0 Millionen) Mark belaufen. Vor allem aber sind selbst die in Betrieb befindlichen Betriebe noch nicht einmal zu 50 Proz. ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt gewesen. Für die nicht arbeitenden Betriebe müssen aber die Abschreibungen

und Zinstaxten auch aufgebracht werden; der Gesamtkonzern ist wohl nur zu 20 bis 25 Proz. beschäftigt gewesen.

Auch der Jahresbericht des Westdeutschen Zementverbandes, des wichtigsten deutschen Zementkartells, gibt ein zureichendes Bild von der unhaltbaren Lage in der deutschen Zementwirtschaft. Es ist nicht gelungen, die Außensteiter Anfang 1932 zum Anschlag an das Kartell zu bewegen, so daß das „Mißverhältnis in der Beschäftigung der Syndikatswerke gegenüber derjenigen der Außensteiter noch größer und damit unerträglich“ wurde.

Der Westdeutsche Zementverband appelliert an die „wirtschaftliche Einsicht aller Beteiligten“, die eine Verständigung herbeiführen müsse. Was von dieser Einsicht der Interessenten zu halten ist, zeigt sich darin, daß die — durch die Notverordnung gesenkten — Preise als „gänzlich unzureichend und bringend ausbesserungsbedürftig“ bezeichnet werden. Die Interessenten haben immer noch nicht begriffen, daß jede Preiserhöhung ein neuer Anreiz für Außensteiter ist und die Schwierigkeiten verstärken muß. Verständigung mit den Außensteitern? Sie soll nur das Mittel sein, das Eingeständnis der Kapitalverluste hinauszuzögern oder unmöglich zu machen, zu Lasten der Verbraucher.

Sonderkonjunktur für Steinkohle?

Die irischen Aufträge. — Der belgische Streit.

Der Deutsche Steinkohlbergbau hat Ausichten auf eine Sonderkonjunktur. Daß sich aus dem irisch-englischen Konflikt schon Lieferungen für Irland ergeben haben, ist bekannt. Die ersten Schiffsladungen deutscher Kohle seit dem Inkrafttreten der irischen Kampfzölle gegen England sind am Montag in Dublin eingetroffen. Ingesamt sollen bisher schon Aufträge auf 35 000 Tonnen deutsche Gasflamtkohle vorliegen, die für irische Gaswerke bestimmt sind. Ganz neue Ausichten hat der am Sonntag beschlossene belgische Kohlenarbeiterstreik eröffnet. Dauert der Streit lange, so wird die Belieferung der belgischen Industrie den deutschen Kohlenexport ebenfalls fördern. Freilich hat Belgien gegenwärtig noch große Halbenbestände, so daß vorerst Kohlenlieferungen nach Belgien kaum in Frage kommen. Im Jahre 1926 war bekanntlich der englische Bergarbeiterstreik der

